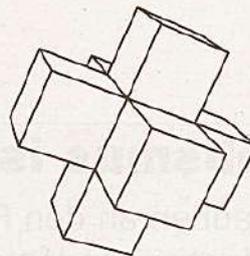


# Schweizer Freisinn



**FDP**  
Die Liberalen

Unter Freisinnigen Brennpunkt	2 3	FDP-Frauen Jungfreisinnige	14 16	Dossier Kopf des Monats	18 21	Geits no? FDP intern	22 23
----------------------------------	--------	-------------------------------	----------	----------------------------	----------	-------------------------	----------

31. Jahrgang. Erscheint sechsmal jährlich.

Offizielles Organ der FDP Die Liberalen

**Inhalt**

**Klare Regeln statt Verbote**

Die Anti-Minarett-Initiative löst keine Probleme, sondern schafft neue. FDP Die Liberalen steht zur Religionsfreiheit und fordert klare Regeln statt sinnloser Verbote. Deshalb: Nein am 29. November!

Seite 3

**Ernst Mühlmann gestorben**

Am 11. September ist der ehemalige Thurgauer Nationalrat Ernst Mühlmann im Alter von 79 Jahren gestorben. Nationalrat Werner Messmer erinnert an den grossen freisinnigen Politiker: ein Nachruf.

Seite 4

**10 000 gefährdete  
Arbeitsplätze**

Ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr hätte schwerwiegende Folgen für die Schweizer Wirtschaft und Sicherheit. Und schon heute hat unser Land eine restriktive Exportgesetzgebung. Die FDP lehnt die GSoA-Initiative ab.

Seite 11

**«Die Gewaltbereitschaft  
hat zugenommen»**

Die St. Galler Regierungsrätin Karin Keller-Sutter ist seit neun Jahren Justiz- und Sicherheitsdirektorin. Im Interview mit dem «Freisinn» berichtet sie von ihren Erfahrungen im Kampf gegen Gewalt und Kriminalität.

Seite 18



Didier Burkhalter (links) tritt an – Pascal Couchepin zurück.

Bild: Keystone

## Schlüsselübergabe im Bundesrat

Ein Staatsmann geht – ein Hoffnungsträger kommt

Vor wenigen Tagen übernahm unser frisch gewählter Bundesrat Didier Burkhalter von Pascal Couchepin die Verantwortung für das Innendepartement. Wir blicken im

grossen Interview mit dem Walliser zurück auf seine beeindruckende, 40-jährige Politikkarriere.

Wir berichten vom rauschenden Fest, das die Neuenburger ihrem

strahlenden neuen Magistraten bereiteten. Und wir schauen auf die Themen, die Didier Burkhalter für die Zukunft am Herzen liegen.

Seiten 2, 7, 8, 12

## Der Liberalismus ist nicht antietatistisch

Wir Liberalen glauben an den Fortschritt. Wir vertrauen dem mündigen Individuum, aber auch den demokratischen Institutionen. Die Sorge um das reibungslose Funktionieren der Institutionen ist die wichtigste Aufgabe einer Partei liberaler Gesinnung.

Der französische Diplomat Talleyrand sagte einst: «Wer das Ancien Régime vor der Französischen Revolution nicht kannte, weiss nicht, wie süss das Leben war.»

Süss – für wen? Für eine kleine Gruppe, eine Elite, die abseits der grossen Mehrheit lebte und sich weigerte, die Wirklichkeit und die gesellschaftlichen Veränderungen wahrzunehmen.

Ein Liberaler kultiviert nicht die Sehnsucht nach der Vergangenheit, selbst wenn er sich in die Geschichtlichkeit einreicht und die Vergangenheit nicht strikte ablehnt. Ein Liberaler ist kein Revolutionär, es sei denn, er muss. Er ist aber auch kein Konservativer, der hinter jeder Veränderung mehr Risiken als Chancen wittert.

Ohne naiv zu sein, glaubt ein Liberaler an den Fortschritt, an die Möglichkeit des Fortschritts. Er ist offen gegenüber der Zukunft.

Woher nimmt er diesen wohlbedachten und besonnenen Optimismus? Das vergangene Jahrhundert hat uns schmerzhaft vor Augen geführt, dass politische Katastrophen aller Art zwar möglich, aber nicht unvermeidlich sind. Der liberale Optimismus gründet auf Vertrauen: Vertrauen in das Individuum, Vertrauen in die Intelligenz, Vertrauen in die beständig zu reformierenden Institutionen.

Beginnen wir beim Vertrauen in die Institutionen – nicht weil sich das Kollektiv dem Individuum aufzwingt, sondern ganz einfach, weil es schon Institutionen gibt, bevor das Individuum erscheint.

Die Sorge um die Institutionen, um ihr reibungsloses Funktionieren, um ihre beständige Reform ist wahrscheinlich der ureigenste Beitrag des Liberalismus. In gewöhnlichen Zeiten ist uns das nicht bewusst, gerade weil wir in einem



Pascal Couchepin

liberalen Klima leben, das die Institutionen und deren Spielregeln respektiert.

Es genügt, einen Blick auf das aktuelle Tagesgeschehen zu werfen. Wenn die Gewaltentrennung missachtet wird, die Verwaltung korrupt ist oder institutionelle Entscheide nicht respektiert werden, kann das Schlimmste eintreten.

Eine Institution muss sich aber geordnet weiterentwickeln können. Neben Parlament, Regierung und Justiz trägt in unserem Land die direkte Demokratie dazu bei. Ein anspruchsvolles System, das jedoch Stabilität auch in der Veränderung garantiert, solange Abstimmungsergebnisse akzeptiert werden, wie auch immer diese aussehen und wie hoch auch immer die Stimmbeteiligung war.

Die Sorge um die Institutionen und um ihr reibungsloses Funktionieren ist die wichtigste Aufgabe einer Partei liberaler Gesinnung. Das ist nicht spektakulär, aber unabdingbar. Der Liberalismus ist nicht antietatistisch, im Gegenteil. Seine erste Sorge ist, dass der Staat gut funktioniert, dass er die Spielregeln befolgt, die Gerechtigkeit, Gleichheit und Recht vorgeben. Aber damit der Staat gut funktioniert,

muss er sein Handeln auf den in der Verfassung und in den Gesetzen definierten Rahmen beschränken. Die Definition dieses Rahmens ist Gegenstand der täglichen politischen Debatten. Der besonnene Liberale will keine übermässige Ausweitung der Staatsaufgaben, weil er auf das Individuum und dessen Intelligenz vertraut.

Zudem hängt der Liberalismus, auch wenn er dem Geist der Aufklärung viel verdankt, nicht der Vorstellung an, der Mensch sei von Natur aus gut und er sei je nach Beschaffenheit des Staats und der Gesellschaft verdorben oder geschützt. Für einen Liberalen ist der Staat notwendig, um die Spielregeln sicherzustellen, bestimmte Dienstleistungen (Infrastrukturen) zu erbringen und eine gewisse Solidarität zu gewährleisten. Der Mensch ist für sein Schicksal selbst verantwortlich. Der Staat kann bestenfalls dank seiner Organisation vermeiden, dass der Mensch gefährliche Tendenzen entwickelt. In diesem Sinne kann eine geordnete Gesellschaft ihre Mitglieder vor dunklen inneren Kräften, die gefährlich werden könnten, schützen.

Ich habe mich oft gefragt, ob der Liberalismus auch anderswo als in Europa hätte entstehen können, anderswo als auf diesem alten, von griechischem Denken, römischem Recht, dem Christentum und der Aufklärung beackerten Boden. Die Antwort wäre wahrscheinlich Nein. Der Liberalismus ist ein Produkt «made in Europe», das sich aber auch ausserhalb Europas ziemlich gut angepasst hat, in Amerika beispielsweise oder heutzutage auch in einigen Ländern Asiens.

Aber der Liberalismus kann nicht «in vitro» kultiviert werden. Um sich entwickeln zu können, braucht er ein besonderes kulturelles Umfeld.

Deshalb sind Bildung, Kultur, Forschung, Wissenschaft und die Diskussion über die moralischen Grundlagen einer liberalen Ordnung so wichtig. Der Liberalismus ist eng mit der Vernunft verbunden, einer zukunftsgerichteten Vernunft.

Das ist heutzutage vielleicht der heikelste Punkt der politischen Auseinandersetzung. Welche Rolle sollen Gefühle und Vernunft im politischen Leben spielen? Welcher Platz soll dem Zweifel, den Alternativen in einer Diskussion zukommen? Die beste Lösung ist zweifellos eine Vorsicht mit viel Freiraum. Der liberale Staat muss ohne Dogmatismus neuen Technologien und Innovationen eine Chance geben.

Wo bleibt die Wirtschaft in alledem? Sie ist aufgrund ihrer Stellung natürlich wichtig. Aber sie ist abhängig von der Initiative der Individuen, die gut ausgebildet, frei, solidarisch und sich ihrer Institutionen und deren Funktionierens sicher sind. Sie entwickelt sich dank den Bildungs-, Verkehrs-, Kommunikationsinfrastrukturen, dank sozialen, Gesundheits-, Verteidigungs- und Sicherheitsinfrastrukturen, die die Rechte des Individuums schützen.

Schliesslich ist der Liberalismus eine Kultur des Worthaltens, des Respekts vor anderen, der Ablehnung von Masslosigkeit, der Offenheit gegenüber der Zukunft.

Die grössten Feinde des Liberalismus sind oft nicht seine erklärten Gegner, sondern jene, die diese Kultur im Namen des Liberalismus betrügen!

Pascal Couchepin

3009 8510  
H512 AN 12109226 10  
D176 KATOL BOUNETS  
ELBUS 890LR WS76L

Abstimmung vom 29. November

## Klare Regeln statt Verbote

Nein zur Anti-Minarett-Initiative: Die Anti-Minarett-Initiative löst keine Probleme – statt Verbote braucht es klare Regeln. Die Gefahren, die von einem fundamentalistischen Islam ausgehen, müssen mit polizeilichen und juristischen Mitteln bekämpft werden.

Von Philipp Müller,

Nationalrat FDP/Die Liberalen AG

Als die Anti-Minarett-Initiative 2007 eingereicht wurde, machte der «Economist» darauf aufmerksam, dass nicht die Minarette gefährlich sind – sondern die geheimen religiösen Kultstätten von radikalen Muslimen, verborgen in Kellern und Garagen. Provokativ forderte der Autor: «Kann das noch jemand den Schweizern sagen!»

Das britische Magazin brachte es auf den Punkt: Ein Minarett-Verbot löst kein einziges Sicherheitsproblem. Denn die kleine Minderheit von fundamentalistischen Muslimen in der Schweiz, die ihre Forderungen gewaltsam durchsetzen wollen, agieren nicht an der Oberfläche, sondern im Untergrund. Die Anti-Minarett-Initiative kann einen möglicherweise subkutan vorhandenen aggressiven Islam aber nicht eindämmen. Eine Moschee kann mit oder ohne Minarett missbraucht werden. Hassprediger können in einer Moschee ohne Minarett genauso gut wie in Privatwohnungen wirken.

Ein Kernsatz in der bundesrätlichen Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes zur Wahrung der inneren Sicherheit von 2007 zeigt, dass Sicherheitsbedenken ernst zu nehmen sind: «Die Sicherheits- und Gefahrenlage der Schweiz hat sich in den letzten Jahren namentlich durch die erhöhte Wahrscheinlichkeit von islamistisch motivierten Terroranschlägen sukzessive verschlechtert.» Die Schweiz ist diesbezüglich keine Insel der Glückseligen, die sicher damit rechnen kann, auch zukünftig verschont zu bleiben.

Um terroristische Machenschaften zu unterbinden, verfügt die Schweiz über die notwendigen po-

lizeilichen und juristischen Mittel – diese müssen konsequent und versiert angewendet werden. Eine zentrale Rolle spielen dabei die Informationsbeschaffung, das präventive Überwachen des Post- und Fernmeldeverkehrs oder das Beobachten von gefährlichen Personen an nicht allgemein zugänglichen Orten, auch mittels technischen Überwachungsgeräts. Die Behörden müssen der neuen Bedrohungslage angepasste Möglichkeiten erhalten, um potenzielle fundamentalistische Gewalttäter zu verfolgen.

Die friedliche Mehrheit der Muslime in unserem Land soll jedoch ihre Religion ausüben dürfen, wie es die bewährte Religionsfreiheit in der Schweiz erlaubt. Das heisst selbstverständlich auch, dass für sie die gleichen Regeln gelten wie für die Nichtmuslime: Die Politik hat klare Forderungen an die hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer zu stellen – insbesondere, was ihre Tätigkeiten in Glaubensgemeinschaften oder kulturellen Riten betrifft. Diese dürfen unserer Verfassung, den Gesetzen und unseren Wertvorstellungen nicht widersprechen.

In rund 200 bis 250 Moscheen in der Schweiz predigen sowohl Laien als auch ausgebildete Imame. Es ist legitim, dass wir wissen wollen, welche Botschaften die Vorbeter weitergeben. Dazu gehört beispielsweise, dass die Imame in einer Landessprache predigen oder deren Reden simultan übersetzt werden. Es ist selbstverständlich, dass Inhalte vermittelt werden, die vom Wissen um unseren Ordre public geprägt sind. Alle Glaubensschriften, die in Umlauf gebracht werden, müssen in eine Landessprache übersetzt werden und den



Das Minarett der Mahmud-Moschee in Zürich.

Bild: NZZ

Behörden sowie allen in der Schweiz lebenden Personen zugänglich sein. Bei Anlässen in einer Moschee muss der Zutritt für jedermann, der sich an die Gepflogenheiten hält, möglich sein. Auch die Muslime in der Schweiz können jederzeit eine christliche Kirche betreten.

Gegen die Initiative gibt es zuletzt auch ein rechtliches Argument: Verbote gegen Bauvorgaben gehören nicht in eine Verfassung. Ob ein Minarett gebaut werden darf

oder nicht, ist im Rahmen eines Baubewilligungsverfahrens zu klären.

Sicherheitsbedenken sind ernst zu nehmen, und unsere Verfassung und gesellschaftlichen Gepflogenheiten müssen von allen in der Schweiz lebenden Personen respektiert werden. Dafür braucht es klare Regeln im Rahmen der Religionsfreiheit – und keine Verbote. Deshalb stimme ich am 27. November Nein zur Anti-Minarett-Initiative.

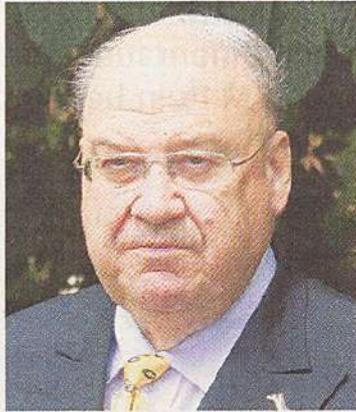
Nachruf

## Zum Tod von alt Nationalrat Ernst Mühlemann

Von Werner Messmer,  
Nationalrat FDP/Die Liberalen TG

Ernst Mühlemann ist nicht mehr. Sein plötzlicher Tod überraschte. Ein Abschied ohne Ankündigung, eigentlich typisch Ernst. Er liess sich kaum einordnen, er ging seinen Weg, ein Weg nach seinen Visionen, mit klaren Vorstellungen und Zielen. Seine Disziplin und sein eiserner Wille liessen ihn viele dieser Ziele erreichen, hoben ihn ab vom Schweizer Mittelmass, machten Ernst zu einer Persönlichkeit, welcher über die Parteigrenzen hinweg Anerkennung und Respekt gezollt wurde. Ich habe einige Weggefährten um ihre Erinnerungen an Ernst gebeten.

Hermann Lei erinnert sich an die Begegnung im Zug nach Zürich, als Ernst in seinen ersten Generalstabskurs einrückte. Nicht etwa ängstlich vor dem Unbekannten, sondern mit der Devise «immer vorwärts – nie zurück» überzeugt, dieses Einrücken ist der Beginn seiner Militärkarriere.



Ernst Mühlemann

Dass Ernst am Semi in Kreuzlingen einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen hat, bestätigt nicht nur seine ehemalige Schülerin NR Hildegard Fässler. Mit Temperament und militärischer Strenge testete er die Standfestigkeit mancher Seminaristen, wobei es jenen, welche sich zu behaupten versuchten, scheinbar wesentlich besser erging als den «Duckmäusern». Dem Verlieren wich Ernst aus. So erinnert

sich Hans Weber, dass er sich lange nicht entscheiden konnte, auf der Nationalratsliste 1983 mitzutun. Das Risiko schien ihm zu gross. Erst sechs Monate vor den Wahlen kam sein Ja.

Die Öffentlichkeit wurde nun zu seiner beliebten Bühne. Sein rhetorisches Talent, seine einmalige Schlagfertigkeit beeindruckten. Er avancierte zum beliebten Gast bei Fernsehen und Presse. Er sprach ohne Manuskripte. Seine pointierte blumige Sprache, gewürzt mit einprägsamen, oft überraschenden Vergleichen, machten Ernst zu mehr als zu einem begehrten Referenten, Ernst war ein Unterhalter auf hohem Niveau.

Hans Uhlmann erinnert an berühmte Sätze: z. B. dass die Schweiz nicht in Winterthur aufgehört, sondern erst dort beginnt, oder die Sonne bei uns schon lange scheint, währenddem Bern noch schläft.

Hansjörg Lang ist beeindruckt von seinem hervorragenden Bezie-

hungsnetz in ganz Europa. Ernst diskutierte und speiste mit Persönlichkeiten, deren Namen wir nur aus der Presse kannten, und man konnte glauben, die Machthaber im Ostblock seien allesamt Schulkameraden von Ernst. Hansjörg Lang erlebte Ernst aber auch als hartnäckigen politischen Ratgeber. Seine Beurteilungen seien oft am Sonntag per Telefon von langer Dauer eingetroffen. Dabei habe sich Ernst wenig darum gekümmert, in welcher Tätigkeit sein Telefonpartner gestört wird und ob er überhaupt Zeit habe.

Verena und Peter Perini-Kuhn beschreiben ihren Freund so, was Ernst wohl zu seiner Einzigartigkeit verhalf: «Ernst war sehr belesen. Er war und blieb sein Leben lang neugierig, vielseitig und offen für Veränderung.»

Es war etwas Besonderes, 1999 als Nachfolger von Ernst Mühlemann in den Nationalrat gewählt zu werden. Ernst, du bleibst in vielem für viele ein Vorbild.

Rettung des FDP-Archivs

## Die stolze Geschichte bewahren

**Die historischen Akten der FDP seit der Gründung 1894 vergammeln in einem Kellerraum. Um die einmaligen Dokumente unserer Partei für die Nachwelt zu erhalten und ihr zugänglich zu machen, werden sie nun verzeichnet und ins Bundesarchiv überführt.**

1944 sagte der damalige Präsident Max Wey am FDP-Parteitag zum 50-jährigen Bestehen: «Wir werden und dürfen nie vergessen, dass die Freisinnig-demokratische Partei Hüterin einer grossen Vergangenheit ist, die sie bewahren und erhalten wird.» Wenn wir heute unsere eigene Geschichte als staatsgründende Partei und liberale Reformkraft der modernen Schweiz nicht vergessen

wollen, müssen wir solche Zeugnisse vor dem Zerfall schützen.

Doch die faszinierenden Dokumente – zum Beispiel Protokolle des Zentralvorstands aus der Jahrhundertwende, Jahresberichte der Bundeshausfraktion ab den 1920er Jahren und viele weitere aufschlussreiche Berichte und Briefe – sind bedroht: Die einzigartigen Akten verrotteten bisher nach und nach in einem staubigen und feuchten Raum in Bern.

Dank der Initiative des Zürcher FDP-Kantonsrats Dieter Kläy und des Geschichtsprofessors Rudolf Jaun kann sich das nun ändern. Die beiden lancierten nämlich eine Rettungsaktion. Seit Ende Oktober werden die ersten Dokumente von einem professionellen Archivdienst-

leister inventarisiert und danach ins Bundesarchiv transferiert. Dort sind sie langfristig geschützt und können von interessierten Parteimitgliedern und Forschern eingesehen werden, was bisher nicht möglich war.

Mit Hilfe von Spenden durch Parteimitglieder, Ehemalige und der

FDP nahe stehende Personen konnte ein erster Teil des Bestandes gerettet werden – noch verbleiben jedoch Hunderte weitere Dokumente, die ebenfalls vor dem Zerfall bewahrt werden sollen. Unterstützen Sie dieses wichtige Anliegen!

### So können Sie mithelfen!

Sie möchten die Aktion mit einer Spende unterstützen? Wir danken Ihnen für einen Beitrag auf das Postkonto 90-716710-1 (Dieter Kläy, Sicherung Archiv FDP Schweiz, 8400 Winterthur). Sie können uns auch per Mail an [info@fdp.ch](mailto:info@fdp.ch) mit dem Betreff «Spende FDP-Archiv» oder per Telefon an das Generalsekretariat (031 320 35 35) kontaktieren. Wir schicken Ihnen gerne weitere Informationen und einen Einzahlungsschein zu.

Sie haben zuhause selber noch Protokolle, Briefe oder andere bedeutende Unterlagen von nationalen Parteiorganen? Ihre Hinweise nehmen wir gerne entgegen. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Kanton Glarus

## FDP.Die Liberalen triumphierte bei den Glarner Gemeindewahlen

Die ersten Wahlen in den neu strukturierten Gemeinden im Kanton Glarus wurden für die FDP.Die Liberalen des Kantons Glarus zum Grosserfolg. Sie stellt alle drei Gemeindepräsidenten und dreimal mehr Räte als die zweitstärkste Partei.

Im September wählten die Glarnerinnen und Glarner ihre Gemeindebehörden, die ab 2011 die drei neu geschaffenen Gemeinden Glarus Nord, Glarus und Glarus Süd leiten werden. Die FDP.Die Liberalen traten in allen drei Gemeinden mit einem einheitlichen Wahlkampfauftritt an.

### Einheitlicher Wahlkampfauftritt

Für den Werbeauftritt ihrer Kandidaten nutzten die Glarner Freisinnigen das von der schweizerischen Partei neu geschaffene Erscheinungsbild. Dieses repräsentiert die Werte der FDP.Die Liberalen wie «Modernität», «Offenheit» und «liberale Sichtweise» schnörkellos und elegant und ist leicht wieder erkennbar. Mit dem Einsatz eines einheitlichen Erscheinungsbilds in allen Gemeinden konnte die Werbewirkung in den verschiedenen eingesetzten Medien wie Zeitung, Internet, Aussenwerbung, Direct Mailings multipliziert werden. Gleichzeitig profitierten die drei Glarner FDP-Sektionen gegenseitig von den Werbeaktivitäten der jeweils anderen Sektionen. Der professionell erarbeitete und im ganzen Kanton einheitliche Wahlkampfauftritt der FDP.Die Liberalen wurde von den Wählerinnen und Wählern erkannt, positiv aufgenommen und am Wahlsonntag belohnt: Von den ursprünglich aufgestellten 15 freisinnigen Frauen und Männern haben 12 den Sprung ins Amt geschafft.

### Klare Wahlsiegerin

Bereits nach dem 1. Wahlgang bezeichnete die regionale Tagespresse den Wahlerfolg der FDP.Die Liberalen als «überwältigender Triumph für die Freisinnigen». Und nach dem 2. Wahlgang kommentierte «Die Südostschweiz» unter dem Titel «Die FDP im Hoch – SVP und BDP im Tief» den Wahlausgang mit den Worten «Die Glarner FDP muss im siebten Himmel sein. Sie stellt alle drei Präsidenten der neuen Gemeinden und dazu noch neun Gemeinderäte. Dann kommt lange nichts mehr. Den zweiten Platz teilen sich CVP, SP und Grüne mit je drei Gemeinderäten.»



Der ganze Kanton Glarus wird von der FDP geprägt.

Bild: Keystone

Kanton Zürich

## Mehr Freiheit – weniger Bürokratie

Unverständliches Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes

Von Markus Hutter,  
Unternehmer und Nationalrat

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes zur Bewilligung für Nacharbeit in Tankstellenshops im Kanton Zürich ist unverständlich. Einerseits darf Personal für Tankstelle und Bistro auch in der Nacht ohne Bewilligung beschäftigt werden, andererseits ist für die Verkaufstätigkeit in den gleichen Shops, die als Betrieb für Reisende gelten, für die Zeit zwischen 1 und 5 Uhr nachts eine Ausnahmebewilligung erforderlich.

Diese völlig unbefriedigende gesetzliche Situation und die Bewilligungspraxis des Bundes schränkt den Spielraum der Kantone unnötig ein.

### Die Bedürfnisse der Konsumenten ernst nehmen

Bezeichnend ist, dass dabei der Kunde keine Rolle spielt. Genauso wenig wird berücksichtigt, dass sich die Gewohnheiten der Menschen in den letzten Jahren erheblich verändert haben. Das Einkaufsverhalten ist der einzige objektive Indikator, wann ein Geschäft des Detailhandels geöffnet sein soll. Ein freier und funktionierender Markt ist die beste Voraussetzung für «richtige» Ladenöffnungszeiten. Staatliche Einschränkungen sollen nicht verhindern können, dass Waren und Dienstleistungen einfach dann und dort angeboten werden, wo eine Nachfrage besteht. Bei Bedarf können Schutzbedürfnisse der Allgemeinheit im Zusammenhang mit dem Betrieb von Detailhandelsgeschäften zudem durch geeignete Vorschriften in den entsprechenden Erlässen berücksichtigt werden.

### Politischer Druck zur Gesetzesanpassung

Heute können zwar die Kantone die Ladenöffnungszeiten in eigener Kompetenz festlegen, werden aber

durch das eidgenössische Arbeitsgesetz unterlaufen. Meine in der letzten Herbstsession eingereichte Motion verlangt deshalb vom Bundesrat, die gesetzlichen Grundlagen so anzupassen, dass die Kantone die Öffnungszeiten von Verkaufsstellen und Dienstleistungsbetrieben aller Art nach eigenem Ermessen festlegen dürfen. Dabei soll das Personal während der gesamten Ladenöffnungszeiten beschäftigt werden dürfen.

Wenn Zürich die Öffnung zulässt, muss das Arbeitsrecht des Bundes die Beschäftigung der angestellten Personen ermöglichen. Damit würde die eidgenössische Bewilligungspflicht entfallen.

### Vollständige Liberalisierung im Kanton Zürich

Damit in Zürich die betroffenen Läden und Dienstleistungsbetriebe auch wirklich frei öffnen können, plant die FDP.Die Liberalen des Kantons eine Volksinitiative zur vollständigen Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten, um gleichzeitig mit der Anpassung des Bundesrechtes auch die Sonderregelungen auf kantonaler Ebene abzuschaffen. Genau so, wie dies das Aargauer Stimmvolk 2005 bereits getan hat.

Die geforderte Anpassung stellt zudem sicher, dass Betriebe in Grenznähe keine Wettbewerbsnachteile gegenüber ihrer ausländischen Konkurrenz erfahren. Wollen wir tatsächlich, dass unsere Konsumentinnen und Konsumenten ins grenznahe Ausland abwandern?

Die Forderung nach einer vollständigen Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten ist ein wesentliches Element im Kampf gegen unnötige, staatliche Hürden.

Eine Liberalisierung regt den Konsum an und schafft Arbeitsplätze, stärkt das Wachstum und generiert für den Staat Steuereinnahmen.

Aktuell

## Bundesratsentscheid zu den Sparbeiträgen an die PUBLICA

Der Bundesrat passt die Sparbeiträge des Bundespersonals an die zweite Säule an. Trotzdem bewegt sich die Gesamtsumme des Bundes nach wie vor an der unteren Grenze der möglichen Beitragsspanne.



Beat Schlatter

Von Beat Schlatter,  
Vizepräsident

### Aktuelles

Mit Datum vom 14. Oktober 2009 hat sich der Bundesrat an seiner regulären Mittwochssitzung dazu entschieden, die Sparbeiträge des Bundespersonals an die zweite Säule anzupassen, und die Änderung des entsprechenden Vorsorgegesetzes genehmigt.

Besonders ältere Bundesangestellte müssen künftig weniger in die Pensionskasse einbezahlen. Wegen einer Senkung der Risikoprämie werden beim Bund Mittel frei, die zur Entlastung der über 45-Jährigen verwendet werden.

Von der Regelung profitieren diejenigen Alterskategorien, für welche der Wechsel im Jahre 2008 vom Leistungs- zum Beitragsprimat zu einer höheren Beitragsbelastung geführt hatte. Mit dieser Anpassung will der Bund nun unter anderem auf die demografische Entwicklung reagieren und die Arbeitsbedingungen für ältere Mitarbeiter attraktiver gestalten.

Die Einführung dieser sogenannten Überparität (der Arbeitgeber leistet grössere Beiträge als der Arbeitnehmer) soll der Bund rund 30 Millionen Franken einsetzen. Dieser Betrag belastet den Bund jedoch nicht, «weil die Risikoprämie mit 3,9% relativ hoch angesetzt war, kann die PUBLICA diese nun auf 3% senken», gab Barbara Schaerer, Direktorin des EPA, auf Anfrage der «Bernerzeitung» bekannt.

### Vergangenes

Am 9. September 2009 ging der Anlass mit dem Direktor der PUBLICA, Werner Hertzog, über die Bühne. Herr Hertzog verstand es mit seinen ruhigen, sachlichen und sehr kompetenten Informationen, das Publikum in seinen Bann zu ziehen.

Am 16. September wählte die Vereinigte Bundesversammlung Herr Didier Burkhalter zum neuen Bundesrat als Nachfolger des abtretenden Pascal Couchepin.

Die FDP-Vereinigung Öffentlicher Dienst möchte es nicht versäumen, an dieser Stelle Herrn Burkhalter ganz herzlich zu seiner Wahl zu gratulieren und ihm in seiner neuen Funktion und Aufgabe alles Gute, viel Glück und Erfolg zu wünschen.

Im Zuge dieser Bundesrats-Ersatzwahl hatten der Präsident und der Vizepräsident, Marcel Paolino und Beat Schlatter, die Ehre, an der Einsetzungsfeier vom 24. September eingeladen worden zu sein. Der Anlass fand in würdigem Rahmen auf dem Neuenburgersee und in der Stadt Neuenburg statt.

Unseren herzlichen Dank geht an das Organisationskomitee und Herrn Bundesrat Burkhalter, welche uns diese Teilnahme ermöglichten.

### Aufruf!

Im März 2010 finden die Grossratswahlen im Kanton Bern statt. Die FDP-Vereinigung Öffentlicher Dienst möchte seine Mitglieder, welche für den Berner Grossrat kandidieren, in den kommenden Ausgaben kurz porträtieren. Wir bit-

ten Sie, sich beim Vizepräsidenten, Herrn Beat Schlatter, telefonisch oder per E-Mail zu melden.

### Möchten Sie Mitglied werden?

Sind Sie liberal denkend? Sind Sie eventuell sogar in einer FDP-Ortspartei? Arbeiten Sie im öffentlichen Dienst? Sind Sie an einer Mitgliedschaft interessiert? Rufen Sie Herrn Beat H. Schlatter an (079 582 39 20) oder finden Sie unter [www.fdp-od.ch](http://www.fdp-od.ch) das entsprechende Anmeldeformular.

Internet: [www.fdp-od.ch](http://www.fdp-od.ch)

## Veranstaltungskalender 2010

### 10. Februar 2010

Vortrag Markus Metz Vizepräsident Bundesverwaltungsgericht

Ort: Zunfthaus zur Webern

18.30 Uhr Eintreffen

Thema: Das Bundesverwaltungsgericht

### 16. März 2010

Fraktionsapéro

Treffpunkt: Restaurant zum äusseren Stand [www.aeussererstand.ch](http://www.aeussererstand.ch)

18.30 Uhr Vortrag CdA; André Blattmann mit anschliessendem Apéro

### 27. Mai 2010

Besuch Kanton Solothurn

17.30 Uhr Besichtigung der Stadt Solothurn auf der Aare: Aarenfahrt

18.30 Uhr Begrüssung durch den Stadtpräsident Kurt Fluri

Anschliessend: Apéro

Anschliessend: Fakultatives Nachtessen



## Die DV in Stans stand ganz im Zeichen der Innovation

Am 17. Oktober fand die Delegiertenversammlung der FDP:Die Liberalen Schweiz in Stans statt. Der gelungene Anlass stand sowohl unter dem Zeichen der gewonnenen Bundesratswahl als auch unter dem Thema Innovation.

Begrüsst wurden die Delegierten von Ruedi Waser, Kantonalparteipräsident der FDP Nidwalden, und Beat Fuchs, Landammann.

In seiner kämpferischen Rede erklärte der Parteipräsident, dass das Ziel unserer Partei bei den nächsten nationalen Wahlen klar 20% ist. Damit eröffnete er 750 Tage vor dem entscheidenden Tag den Wahlkampf.

Bundesrat Couchepin wurde mit einer Standing Ovation von den anwesenden Delegierten verabschiedet (siehe Seite 10). Fraktionspräsidentin Gabi Huber begrüßte anschliessend den neugewählten Bundesrat Burkhalter und überreichte ihm einen Stein aus der Neat-Baustelle als Willkommensgeschenk. Damit wünschte sie ihm Glück für seine neuen Aufgaben.

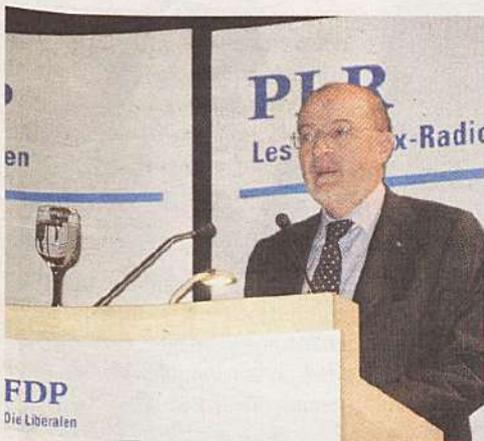
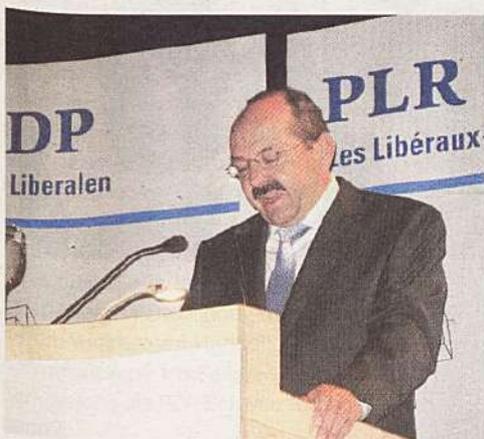
Ebenfalls verabschiedeten die Delegierten ein Innovationsstrategiepapier. Nachdem Ruedi Noser die wichtigsten Punkte des Papiers vorgestellt hatte und eine hochkarätige Expertenrunde über das Thema Innovation debattiert

hatte, berieten die Anwesenden über die Ziele und Forderungen. Damit setzten die Delegierten ein starkes Zeichen, das Wirtschaftswachstum zu steigern, Arbeitsplätze zu schaffen und Wohlstand zu erhalten. Das Papier enthält 13 verschiedene Forderungen in den Bereichen Gesellschaft, Rahmenbedingungen, Bildung und Forschung, die darauf abzielen, die Innovation in der Schweiz langfristig zu sichern und zu steigern.

Anschliessend wurden die Empfänger des KMU-Preises durch die Bundesräte Merz und Burkhalter geehrt.

Zwischen den Präsentationen, den Diskussionen und Reden konnten verschiedene Mini-Companies aus dem YES-Programm ihre Produkte vorstellen.

Dabei stellten sie unter Beweis, dass sie weder in ihrer Innovationskraft noch ihrem unternehmerischen Denken ihren grossen Vorbildern in nichts nachstehen.



Feier für den neuen Bundesrat

## Ein sympathischer Bundesrat – ein sympathisches Fest

Ende September empfing Neuenburg seinen neuen Bundesrat Didier Burkhalter mit grossen Ehren – und einer rauschenden Feier.

Didier Burkhalter ist ein eher zurückhaltender Mensch. Es gibt Politiker – sogar in der Schweiz –, die lieber im Zentrum des Interesses stehen als er. Doch am 24. September, als der Neuenburger von seiner Heimatregion empfangen wurde, wie es für frisch gewählte Bundesräte Tradition ist, strahlte unser neuer Magistrat. Didier Burkhalter genoss den Ausflug mitten in der Herbstsession sichtlich.

Mit dem SBB-Sonderzug reiste die Festgemeinschaft in die Romandie: der neue Bundesrat, Parlamentarier der FDP und anderer Parteien, leitende Bundesmitarbeiter und weitere Ehrengäste. Am Neuenburgersee wechselten die Festteilnehmer nach einem sympathischen Empfang durch die Einwohner – Hunderte von Kindern hatten schulfrei erhalten und grüssten aufgeregt am Strassenrand – und einer kurzen Ansprache von Didier Burkhalter das Transportmittel. Bei herrlichem Wetter ging es nun per Schiff weiter nach Neuenburg. Welch eine Kulisse dort am Pier! Die Jugendmusik in historischen Kostümen stand Spalier, und die stolzen Bewohner drängten sich um den Hafen, um ihren Star beglücken zu können.

Der letzte Weg zur Eishalle durch die Stadt legten alle Teilnehmenden in Begleitung einer Ehrengarde zu Fuss zurück. Hier fand die grosse Feier statt. Ein Weilchen dauerte es schon, bis neben den geladenen Gästen auch alle Neuenburger einen Platz gefunden hatten. Dennoch ging es pünktlich los. Ein Schülerchor begleitete den Anlass mit Kinderliedern, von stürmisch-fröhlich bis würdig-dramatisch. Jubelnder Applaus war den aufgestellten Junioren sicher!

Auch die reddegewandten Politiker kamen aber nicht zu kurz: Der Ehre musste schliesslich Genüge getan

werden, und so sprachen der scheidende Bundesrat Pascal Couchepin, der Ständeratspräsident Alain Berset, Neuenburger Kantonal- und Kommunalpolitiker, die FDP-Präsidentin des Kantons, Parteipräsident Fulvio Pelli – und zuletzt natürlich Didier Burkhalter selber, der den Bogen von seiner Zeit in der Stadtregierung bis zu seinem neuen Amt schlug. Mit kurzweiligen und witzigen Reden brillierten gleich mehrere der Redner. So hatte etwa Fulvio Pelli die Lacher auf seiner Seite, als er beteuerte, mit dem Gefeierten fast immer einer Meinung zu sein. Ausser, wenn dieser später am Abend die Fussballpartie Neuenburg Xamax gegen Bellinzona ankicken würde – ist doch klar, für welches Team das Tessiner Herz schlug.

Dann konnte der welsche Kanton, der schon den neunten Bundesrat in der Geschichte stellt, seine aussergewöhnliche Gastfreundschaft beweisen. Bei einem wunderbaren Buffet mit Neuenburger Spezialitäten und Weinen aus der Region feierten die Politiker und Gäste gemeinsam mit den Neuenburgern bis in den späten Abend.

Es war eine sympathische Feier, die viel darüber ausdrückte, was für ein Mensch Didier Burkhalter ist. Ein feierlicher, aber nicht steifer Anlass, in dem ein feiner Humor einen ebenso grossen Platz einnahm wie die Neuenburger und Schweizer Heimat, die dem bescheidenen und den Menschen verbundenen Bundesrat so wichtig sind. Und man merkte: Unter Freunden legt auch Didier Burkhalter gerne einmal seine Zurückhaltung ab.



Didier und Friedrun Burkhalter geniessen den Tag in vollen Zügen.

Bilder: Keystone

Bundestagswahl

## Die Auferstehung der deutschen FDP

Ein Freudentag auch für Schweizer Liberale: Ende September erzielte die FDP in den deutschen Bundestagswahlen einen Erdrutschsieg.

Von Vincenzo M. Pedrazzini,  
Vizepräsident FDP Die Liberalen  
Schweiz

Wie hinlänglich bekannt, hat die deutsche FDP in der vergangenen Bundestagswahl mit 14,6 Prozent das beste Ergebnis ihrer Geschichte erzielt. Sie ist damit vom oft belächelten Juniorpartner zur ernsthaften Regierungspartei geworden. Wie ist es so weit gekommen, was bedeutet das für die deutsche Politik und inwieweit dürfen wir auch hier in der Schweiz hoffen, dass sich die in letzter Zeit etwas strapazierten Beziehungen zu unserem wichtigsten Handelspartner normalisieren? Und gibt es Lektionen, welche die FDP Schweiz lernen kann?

### Herausforderer

Nachdem die FDP in Deutschland in der Vergangenheit sowohl mit der SPD als auch mit der CDU koalierte, war es ihr verwehrt, ein eigenes Profil zu erlangen. Zwar waren die Regierungsvertreter pointierte und erfolgreiche Politiker – wie zum Beispiel Otto Graf Lambsdorff oder Hans-Dietrich Genscher – ein eigenes Profil der FDP wurde jedoch geopfert. Im Verständnis, dass man als Regierungspartei nur dann Erfolge erzielen kann, wenn man bereit ist, eigene Positionen zu Händen eines Kompromisses zu opfern. Die Lösung ist das Ziel. So ehrenwert diese Einstellung sein mag, sie verhindert einen langfristigen Erfolg.

Diese Erkenntnis wurde zuerst von Jürgen Möllemann und anschliessend insbesondere von Guido Westerwelle konsequent weiterentwickelt. Sollte die FDP Deutschland mit ihren Inhalten erfasst werden, so musste sie sich als Oppositionspartei – oder besser noch als Herausfordererpartei



Guido Westerwelle kann sich als Sieger feiern lassen. Wir gratulieren.

Bild: Reuters

– positionieren. Denn nur durch klare politische Stellungnahmen konnten die Stimmbürger erfassen, wie wichtig eine starke liberale Stimme für den Wirtschaftsstandort Deutschland ist.

### Nachricht angekommen

Die Nachricht ist im stark sozialstaatlich geprägten Nachbarland angekommen. Frustriert von immer höheren staatlichen Abgaben und immer mehr Einmischungen des Staates in das Privatleben der Bürger haben diese eine deutliche Sprache gesprochen. Die FDP soll prominent in der neuen Regierung vertreten sein und helfen, alte Fehler zu korrigieren. Auch wenn dies keine einfache Aufgabe wird, eine

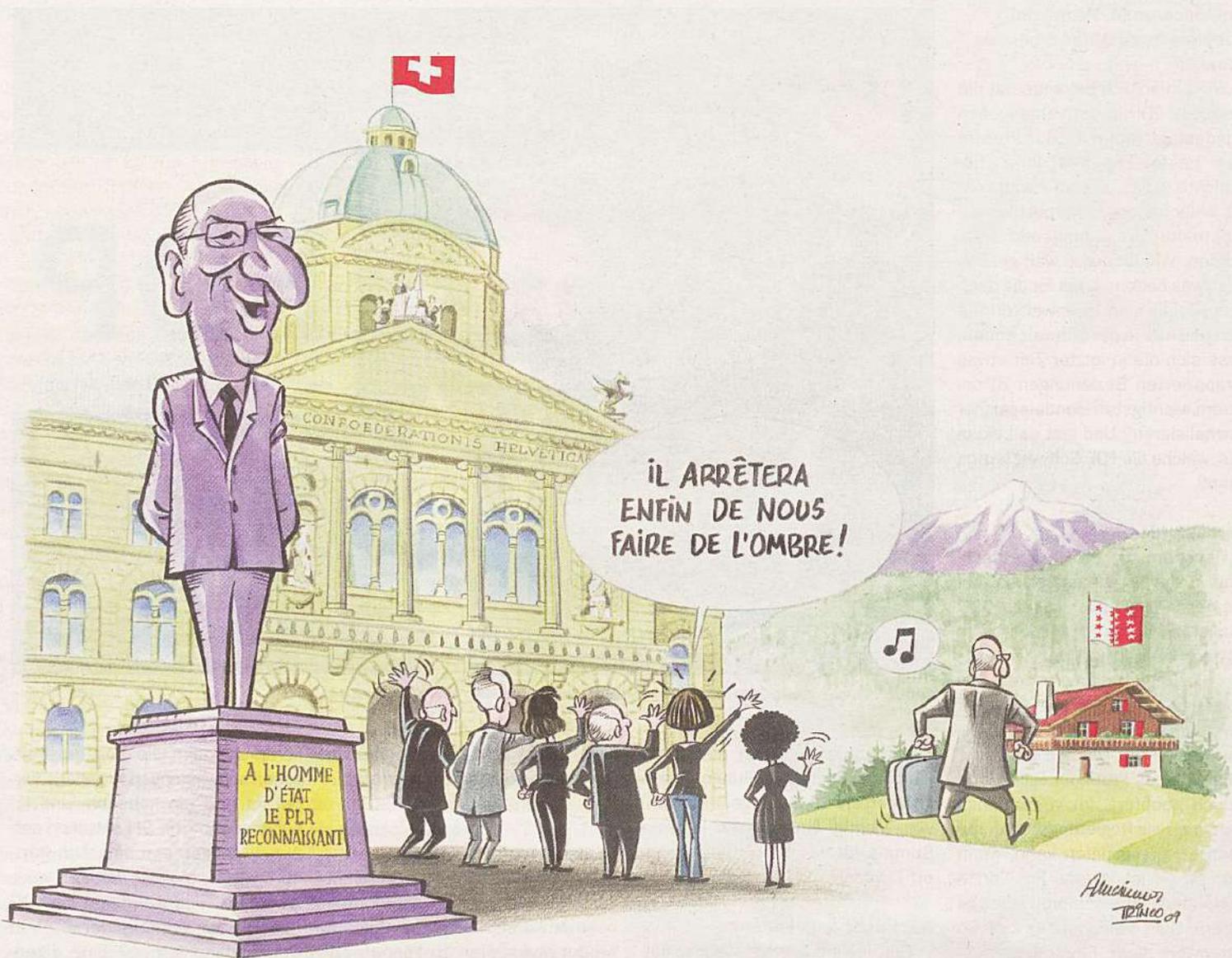
konsequent politisierende liberale Partei erhöht die Aussichten auf Erfolg.

### Schweiz profitiert

Die für die deutsche Wirtschaft zentralen mittelständischen Unternehmen können hoffen, in Zukunft wieder investieren zu können anstatt geschröpft zu werden. Für die Schweiz bedeutet der Wechsel in der Regierung vor allem eine Annäherung. Der designierte neue Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), der liberale Guido Westerwelle als Aussenminister und der CSU-Mann Peter Ramsauer als designierter Verkehrsminister mit dem wichtigen Fluglärm-Dossier lassen berechnete Hoffnung auf-

kommen, dass die Zeit der Peitschen schwingenden Kavallerie vorbei ist und ein konsens- und lösungsorientierter Stil zwischen den zwei wichtigen europäischen Partnern wieder möglich wird. Es wäre zu hoffen. Und was kann die FDP Schweiz vom Erfolg der FDP in Deutschland lernen? Eine eigenständige und klar liberale Politik hat Erfolg. Der Kompromiss steht nicht am Anfang des politischen Diskurses, sondern erst am Schluss. Bis zum Kompromiss muss es ein weiter Weg sein, denn wenn immer möglich muss sich die liberale Stimme durchsetzen. Zum Wohl des Bürgers.

FDP. Die Liberalen überreicht Pascal Couchepin an der Delegiertenversammlung zum Abschied diese Originalkarikatur.



«Endlich stellt er uns nicht mehr in den Schatten!»

Abstimmung vom 29. November

## Ja zu Arbeitsplätzen und Sicherheit - Nein zur Exportverbots-Initiative

Am 29. November wird über die GSoA-Initiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» abgestimmt. Ein Ja hätte schwerwiegende Folgen für die Schweizer Wirtschaft und Sicherheit. Den moralischen Anliegen der Initiative wird schon heute durch eine restriktive Exportgesetzgebung Rechnung getragen.

Von Peter Malama,  
Nationalrat FDP/Die Liberalen BS

Im Falle einer Annahme der Exportverbots-Initiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) würde der einheimischen Wehrtechnikindustrie die Existenzgrundlage entzogen. Denn eine wirtschaftliche Produktion ist in den meisten Fällen vom Zugang zu Exportmärkten abhängig.

Die Initianten behaupten, dass Dual-Use-Güter, also zivil und militärisch verwendbare Güter, von den Folgen der Initiative nicht betroffen seien. Zwar werden solche Produkte durch den Initiativtext nicht explizit mit einem Exportverbot belegt, in der Praxis werden sie aber vom Verbot genauso betroffen sein wie rein militärische Güter. Die verschiedenen Güterkategorien sind so eng miteinander verknüpft, dass sie in der Praxis nicht strikte getrennt werden können – weder bei der Forschung noch bei der Herstellung.

### Die Kleinen zahlen die Zeche

Die Folgen der GSoA-Exportverbots-Initiative hätten die Kleinen auszubaden. Die gefährdeten Arbeitsplätze verteilen sich auf rund 550 Unternehmen, die meisten davon KMU in der ganzen Schweiz. Den betroffenen Unternehmen, Mitarbeitern und Regionen wird von den Initianten staatliche Unterstützung versprochen. Geschätzter Aufwand für diese «Konversionsbeihilfe»: 532 Millionen Franken. Es kann nicht die Aufgabe des Staates sein, wettbewerbsverzerrend in das Marktgeschehen einzugreifen. Ohne eine entsprechende Nach-



Vor allem KMU sind durch die Initiative betroffen.

Bild: Keystone

frage können keine Arbeitsplätze im zivilen Bereich geschaffen werden. Diese Zwangskonversion schafft keine zusätzlichen Arbeitsplätze, sondern zerstört existierende Märkte und Arbeitsplätze von Schweizer Firmen, die in diesen Bereichen tätig sind.

### Exportverbot gefährdet Sicherheitspolitik

Die Exportverbots-Initiative ist nicht nur aus wirtschaftlicher Sicht verantwortungslos. Bei einer Schliessung entsprechender Betriebe oder der Verlagerung ins Aus-

land wäre die Landesverteidigung in Frage gestellt. Die Schweizer Armee wäre für ihre Rüstungsbeschaffung einseitig von anderen Staaten abhängig. Bei einer Veränderung der Sicherheitslage müsste die Schweiz bei der Beschaffung von Rüstungsgütern hinten anstehen.

### Viel zu verlieren, aber nichts zu gewinnen

Mit dem Kriegsmaterialgesetz und dem Güterkontrollgesetz verfügt die Schweiz bereits heute über die restriktivsten Exportbeschrän-

kungen ganz Europas. Werden diese vom Bundesrat richtig umgesetzt, kann den ethisch-moralischen Anliegen der Initianten Rechnung getragen werden, ohne Tausende von Arbeitsplätzen zu vernichten und die sicherheitspolitische Glaubwürdigkeit der Schweiz in Frage zu stellen. Kurz: Die Exportverbots-Initiative der GSoA ist klar abzulehnen.

Zum Rücktritt von Bundesrat Pascal Couchepin

### «Ich denke frei – und ab und zu spreche ich auch so»

Nach 40 Jahren beendete Bundesrat Pascal Couchepin Ende Oktober seine politische Karriere. Wenige Tage vor seinem Rücktritt zog er mit dem «Freisinn» ein Fazit.

*Herr Bundesrat, man kennt Sie als «animal politique» – als leidenschaftlichen Politiker. Wir haben Mühe, Sie uns als Pensionär vorzustellen...*

**Pascal Couchepin:** Was ist das, ein «animal politique»? Das ist jemand, der verschiedene Anliegen berücksichtigen kann und dann eine Entscheidung trifft. Das ist eine andere Aufgabe als beispielsweise diejenige eines Geschäftsmannes. Ein Politiker muss eine grosse Anzahl Faktoren berücksichtigen – menschliche Aspekte, eine langfristige Vision, den kulturellen Rahmen und so weiter. Nach meiner Pensionierung werde ich das Gleiche wie bisher machen: etwas verändern in einer Gesellschaft, die von vielen Faktoren bestimmt wird, die zusammenspielen müssen. Das mache ich gerne.

*Sie werden als «Beobachter der Frankophonie» an den Olympischen Spielen in Vancouver tätig sein. Erzählen Sie uns mehr!*

Das ist ein kleines Mandat, das verschiedene weitere Personen aus dem kulturellen und sozialen Bereich wahrnehmen. Was mir bei diesem Projekt am meisten am Herzen liegt, ist, dass wir versuchen, den afrikanischen Kontinent zu integrieren. Das ist selbstverständlich keine leichte Aufgabe. Wir werden zusammen mit jungen afrikanischen Sängern kulturelle Aktivitäten entwickeln. Sie sehen: Ich werde weiterhin mit Menschen arbeiten, die zusammen etwas erschaffen.

#### Eher zufällig Offizier

*Was bleibt Ihnen als beste Erinnerung Ihrer Karriere – und was als schlechteste?*

Am wenigsten glorios war meine militärische Karriere! Ich wurde eher zufällig Offizier. Aber ich bin stolz, als Hauptmann gedient zu haben. Für einen jungen Schweizer ist das ein wenig wie für die Engländer die Mitgliedschaft in einem Universitätsteam in Oxford: Man betätigt sich körperlich, man entwickelt sich. Aber sonst war ich kein besonders guter Soldat.

*Und auf was sind Sie am meisten stolz?*

Als Bundesrat hatte ich einige Erfolge, auf die ich stolz bin. Im Volkswirtschaftsdepartement haben wir die Landwirtschaft reformiert und einen Öffnungsprozess eingeleitet. Wir haben die Milchkontingentierung abgeschafft, Anreize für die Bauern geschaffen, sich besser im Markt zu

positionieren. Leider haben sie die Möglichkeiten noch nicht genutzt, aber das beginnt sich zu ändern. Wir haben ein Kartellgesetz geschaffen und konnten die Schweizer Wirtschaft endlich mit einem Freihandelsabkommen mit der EU öffnen. Zudem wurde die Arbeitslosenversicherung reformiert: Als ich das Volkswirtschaftsdepartement verliess, war sie schuldenfrei. Und wir haben das Departement neu strukturiert, das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) geschaffen. Damals sagte der CVP-Ständerat Eugen David: «Das Seco wird den nächsten Frühling nicht erleben.» Es existiert immer noch und erfüllt seine Aufgaben sehr gut.

*Dann haben Sie das Innendepartement übernommen.*

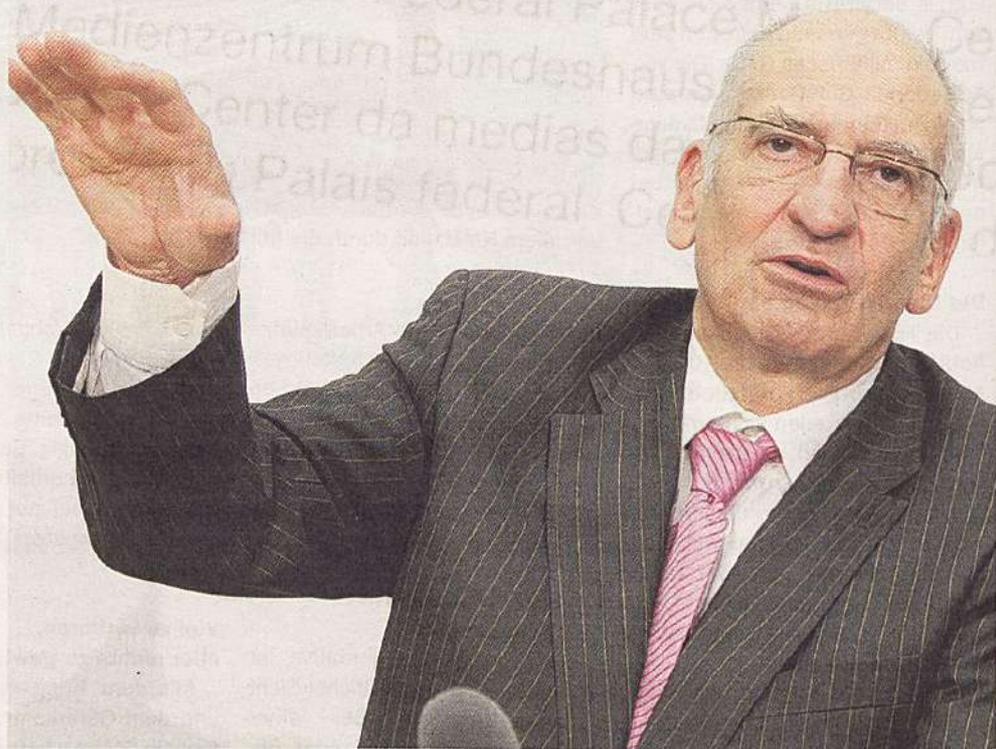
Dort haben wir gute Arbeit geleistet für die Invalidenversicherung mit den Wiedereingliederungsmassnahmen, den Kostensenkungen und zuletzt mit der Zusatzfinanzierung. Die zweite Säule war in der Krise, wir haben Lösungen entwickelt. In der AHV bleibt noch sehr viel zu tun,

die notwendigen Reformen konnten noch nicht durchgesetzt werden. Aber die erste Säule steckt nicht in der Krise. Für die Krankenversicherung wurde viel getan. Doch die grosse Schwierigkeit ist, dass es keine Akteure gibt, die an Kostensenkungen interessiert sind: weder jene, die Prämienverbilligung erhalten, noch diejenigen, welche vom Gesundheitssystem leben, oder die, welche genug verdienen und sich keine Sorgen darüber machen müssen.

#### Anrecht auf Pflege

*Wie stehen die Schweizer zu ihrer Gesundheit?*

Die Menschen sagen uns häufig, sie hätten ein Anrecht auf Gesundheit. Das ist nicht richtig. Sie haben ein Anrecht auf Pflege, und ihnen muss eine qualitativ hochstehende Pflege bei kontrollierbaren Kosten angeboten werden. Aber sie muss auch in einem vernünftigen Verhältnis bleiben. Das ist eine ethische Debatte, deren Bedeutung zunehmen wird und die immer schwieriger wird: Wo hört die Verhältnismässig-



Pascal Couchepin zieht ein Fazit über seine politische Karriere.

Bild: Keystone

keit auf? Auf diese Frage gibt es praktisch keine Antwort.

*Wenden wir uns den anderen Bereichen des Departements zu.*

Bei der Kultur haben wir die Zuständigkeiten viel transparenter gestaltet, obwohl die Aufgabenverteilung zwischen dem Bundesamt für Kultur und Pro Helvetia mich nicht vollständig überzeugt. Wir haben die Militärversicherung in die SUVA eingegliedert, das funktioniert gut. Und die Krankenversicherung wurde vom Bundesamt für Sozialversicherungen in das Bundesamt für Gesundheit verschoben. Das war ein Fortschritt.

#### «Alles immer unvollendet»

*Haben Sie das Gefühl, eine unvollendete Arbeit zu hinterlassen?*

Alles ist immer unvollendet in der Politik: Sie bewegt sich immer weiter. Deshalb wählte man auch einen Nachfolger für mich. In der Geschichte des Bundesrats sagte man nie: «Die Arbeit ist fertig, hier bleiben wir stehen.» Sagen Sie das nicht Didier Burkhalter... aber wenn er einmal geht, wird man auch für ihn einen Nachfolger finden!

*Sie sticheln gerne gegen andere Politiker, zum Beispiel Ihre Bundesratskollegen.*

Vor zehn Jahren warf man mir vor, ich mischte mich zu sehr in die Dossiers der anderen Departemente ein. Nun lese ich die ganze Zeit, der Bundesrat funktioniert zu stark als getrennte Aufgabebereiche und wir kümmern uns nicht genug um die Angelegenheiten der anderen... Stichle ich absichtlich? Ich denke nicht. Aber ich bin ein Liberaler: Ich denke frei – und ab und zu spreche ich auch so.

*An der Delegiertenversammlung am 17. Oktober sagten Sie, Sie seien «schockiert» über jene, die behaupteten, es brauche keinen Staat.*

Der philosophische Liberalismus ist eine Theorie der Freiheit und der Selbstverantwortung. Aber wir sind «politische Tiere», das heisst, wir leben in einer Gesellschaft. Ich las einmal etwas, das mich schockiert hatte. Dort stand, die Wirtschaft

komme zuerst, weil die ersten Gesellschaften entstanden, als die Menschen begannen, Güter auszutauschen. Bevor der Staat kriecht worden sei. Dabei ist doch klar: Schon wenn man zu zehnt ist, muss man Entscheidungsprozedere entwickeln. Dadurch entsteht der Staat. Der Pfeiler für eine gut funktionierende Gesellschaft sind verlässliche Institutionen.

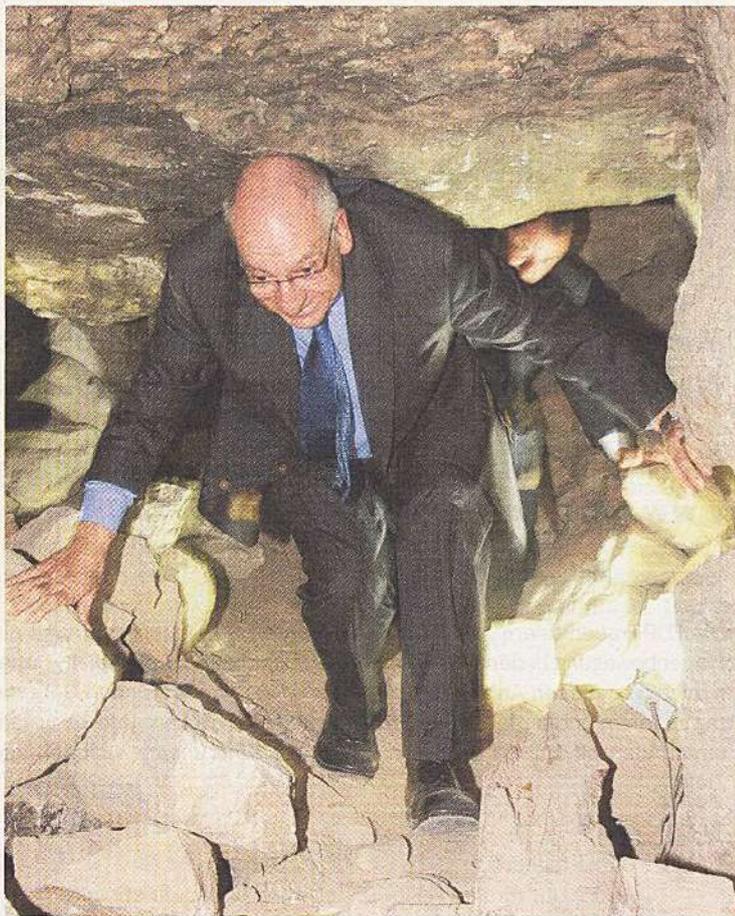
*Was ist diesbezüglich das Verdienst des Liberalismus?*

Die historische Errungenschaft war die Feststellung, dass es einen Staat brauchte, der unabhängig von privaten Interessen war und im Voraus festgelegte Regeln hatte. Diese sind daher nicht danach ausgerichtet, was Einzelpersonen Nutzen bringt. Man kann über eine Änderung der Regeln diskutieren, aber nicht aufgrund spezifischer Ereignisse. Nehmen wir die Alternativmedizin: Viele verlangen, die Interpretation des Gesetzes zur Wirksamkeit zu ändern. Das wäre falsch! Ändern wir das Gesetz! Es braucht eine Debatte und Regeln. Das ist der historische Ansatz des Liberalismus. Und die Regeln gelten für alle, auch die stärksten. Ich war immer Anhänger des Slogans «Mehr Freiheit, weniger Staat». Doch das bedeutet nicht «kein Staat». Aber Achtung: Die Sozialdemokraten rufen jedes Mal nach dem Staat, wenn es ein Problem gibt. Das ist ganz und gar nicht, was wir Liberalen wollen. Der Staat muss intervenieren, wenn die Spielregeln es vorsehen. Oder dann, wenn es andere Regeln notwendig machen. Die Rettung der UBS beispielsweise war nötig, um den Zusammenbruch der ganzen Wirtschaft zu verhindern.

#### Konstante Debatte nötig

*An der Delegiertenversammlung sagten Sie auch, die FDP müsse mehr über Ideen diskutieren. Was meinten Sie damit?*

Wenn man nicht konstant eine Debatte über Ideen führt, übernehmen die Emotionen die Führung. In der Politik muss es einen intellektuellen Rahmen geben, innerhalb



Als Bundesrat behauptete sich der Walliser auch in schwierigen Situationen.

Bild: Keystone

dessen man Ereignisse interpretieren kann. Sonst reagiert man zu emotional. Ein Beispiel sind die Löhne von gewissen CEO, die für jeden schockierend hoch sind. Auch für mich. Aber wenn es schon zuvor eine Debatte über die Grenzen der staatlichen Intervention gegeben hätte, kann man darauf antworten: Ja, das ist schockierend, aber es rechtfertigt trotzdem nicht eine Intervention des Staates. Wenn man keine solche Prinzipien hat, will man jedes Problem durch eine neue staatliche Intervention lösen, weil man seinen Emotionen gehorcht – und man interveniert viel zu oft.

*Was erwarten Sie von Ihrer Partei?*

Man muss wieder mehr Diskussionen über die Themen führen, die ich nannte. Denn wenn man das nicht tut, wird man von den emoti-

onalen Parteien weggefegt werden. Die FDP ist in dieser Hinsicht ziemlich alleine. Die Debatte über Ideen muss neu stimuliert werden. Die Partei darf vor allem nicht ein «Schalkkörper» für Partikularinteressen werden.

#### Über Europa nachdenken

*Was sind Ihrer Ansicht nach die grossen Herausforderungen der Schweiz in den nächsten Jahren?*

Die europäische Politik: Wir müssen über unsere Positionierung in Europa nachdenken. Und dann müssen wir sehen, wie wir auch zukünftig in der Lage sind, die Probleme als direkte Demokratie zu lösen, mit einer ganzheitlichen Vision der Gesellschaft und nicht durch Emotionen dominiert. Ich glaube, dass wir dazu fähig sind.

Einladung

# zum 60. Geburtstag der FDP-Frauen Schweiz

Liberal ist sexy – wir feiern!

**Montag, 30. November 2009, ab 17 Uhr (open end)**  
**Frauen und Männer sind herzlich eingeladen, mit uns zu feiern.**

**Im Distelzwangkeller, Gerechtigkeitsgasse 79, 3011 Bern,**  
**[www.distelzwang.ch](http://www.distelzwang.ch)**



Präsidentin Jacqueline De Quattro  
Bild: Keystone

Die FDP-Frauen feiern am 30. November ihren 60. Geburtstag! Was die Frauenbewegung in den letzten Jahren erreicht hat, ist beachtlich. Daher nutzen wir diesen Anlass, um in erster Linie unseren runden Geburtstag zu feiern und stolz auf das Erreichte zurückzublicken. Und wir wagen einen Ausblick auf die nächsten Jahre; was sind unsere Visionen und Ziele.

17.00 Come together  
Ab 17 Uhr wird im Keller Distelzwang ein Apéro serviert

18.00 Begrüssung  
Jacqueline De Quattro, Regierungsrätin und Präsidentin der FDP-Frauen Schweiz



18.30 Flamenco por alegria  
Lassen Sie sich entführen in die Welt des Flamencos!  
Alicia Lopez (Tänzerin), Alfredo Palacios (Gitarre), Rafael de Huelva (Gesang), [www.poralegria.ch](http://www.poralegria.ch)

19.30 Nationalrätin Martine Brunschwig Graf  
Dankeswort und Rückblick

20.15 Diskussionsrunde  
«Familie und Politik unter einen Hut bringen»  
Mit Elisabeth Kopp, alt Bundesrätin FDP  
Stefan Brupbacher, FDP-Generalsekretär  
und weiteren Gästen

20.45 Geburtstagskuchen

## An- und Abmeldung

An- und Abmeldungen bitte bis am 20. November 2009 an:  
[esseiva@fdp.ch](mailto:esseiva@fdp.ch)

## Eintritt

Es wird ein Unkostenbeitrag von Fr. 50.– pro Person erhoben.

## Dresscode

Sexy Abendkleid

Wir freuen uns auf Ihr zahlreiches Erscheinen!

FDP Die Liberalen Frauen  
Jacqueline De Quattro, Präsidentin FDP-Frauen

## Fünf Fragen an:

## Annekäthi Schluop-Bieri

Bäuerin, Kantonsrätin, Präsidentin FdP-Frauen Kanton Solothurn, 55, verheiratet



1. Was waren Ihre Gründe, sich politisch zu engagieren?

Ich wollte nicht nur profitieren, sondern versuchen, etwas zu bewegen und Ideen einzubringen.

2. Was gefällt Ihnen am besten an der Schweiz?

Neben den schönen Landschaften und den gut funktionierenden Strukturen finde ich es super, dass wir Schweizer uns aktiv in die Politik einbringen dürfen.

3. Was war Ihr politischer Höhepunkt?

Nach 12 Jahren im Kantonsrat gibt es doch etliche Höhepunkte. Die ersten waren der 2-jährige Kindergarten und die kantonsweite Einführung von Blockzeiten an Schulen. Dafür habe ich mich als

Mutter mit 4 Kindern sehr stark engagiert. Der letzte Höhepunkt war, dass nach einem Auftrag von mir innert kurzer Zeit ein Impfprogramm für junge Frauen gegen HPV-Viren eingeführt werden konnte. Hier darf ich erwähnen, dass mit dem laufenden Programm auch die Ärzte einigermassen zufrieden sind.

4. Welchen Ratschlag geben Sie einer jungen Politikerin?

Wichtig scheint mir, dass sie gewillt ist, sich gut vorzubereiten und sich für ihre Anliegen einzusetzen. Als Politikerin soll sie einen «breiten Rücken» und viel Geduld haben. Sie soll sich an Erfolgen und an Erreichtem freuen und daran Kraft für Niederlagen tanken. Niederlagen

soll sie genau analysieren und möglichst nicht persönlich nehmen.

5. Wenn Beamen möglich wäre, wohin oder in welche Zeit ginge Ihr Reise?

Sehr gerne wäre ich an den Debatten bei der Entstehung unserer Bundesverfassung dabei gewesen. Gerne möchte ich wissen, wie und was diskutiert wurde, welche Argumente und Ansichten die damaligen Volksvertreter hatten. Interessieren würde mich aber auch, wie sie sich organisierten. Sie hatten ja noch nicht die vielen technischen Möglichkeiten, die Parlamentarierinnen und Parlamentarier heute haben.

Deutschland

## Angela Merkel - die mächtigste Frau der Welt

Ende Oktober wurde Angela Merkel zum zweiten Mal zur Bundeskanzlerin und somit zur mächtigsten Frau der Welt gewählt. Ihre Beliebtheit ist ungebrochen, laut Meinungsforschern steht eine klare Mehrheit der Deutschen hinter der Kanzlerin. Merkel, die Landesmutter: Wie macht die Frau das?

Von Claudine Esseiva,  
Generalsekretärin FDP-Frauen

Der Karrieregang dieser aussergewöhnlichen Politikerin ist einzigartig. Als sie vor über 20 Jahren das politische Parkett betrat, dachte niemand, dass die stellvertretende Regierungssprecherin der untergehenden DDR mit dem burchikosen Haarschnitt einst die erste deutsche Bundeskanzlerin werden würde. Pragmatisch, leise, unaufgeregt und lösungsorientiert arbeitete sie sich beständig die Karriereleiter rauf. Helmut Kohl spielte als ihr Mentor eine wichtige Rolle und ernannte sie zu seiner Frauen- und Jugendministerin. Jedoch gelang sie durch Kohl auch zum dem wenig löblichen Übernamen «Kohls Mädchen».

Dieser Übername ist Sinnbild dafür, dass Angela Merkel ständig unterschätzt wurde, von ihren Befürwortern wie auch Gegnern. Was für ein Irrtum. Wie kein anderer Politiker machte sie ihren Weg. Sie wurde CDU-Generalsekretärin und wider aller Erwartungen anschliessend Parteivorsitzende. 2005 erobert sie als erste Ostdeutsche und Frau das Kanzleramt und schrieb damit Geschichte.

Die Kanzlerin ist bei den Deutschen sehr beliebt, und dies ohne grosse Showeinlagen ihrerseits. Oder vielleicht ist gerade dies der Grund, wieso Angie so beliebt ist. Angela Merkel hat es nicht nötig, mit Trompeten und Posaunen auf sich aufmerksam zu machen. Ihre Auftritte sind stets leise, aber be-

stimmt. Und wahrscheinlich ist es genau das, was Deutschland braucht. Deutschland will eine Landesmutter mit kühlem Kopf, Gespür und Intelligenz. Die Physikerin Merkel verkörpert diese Attribute.

Die Koalition mit der FDP ist auch für Merkel eine Wunschkoalition. Wir können gespannt sein, wie das neue und doch sehr gegensätzliche Regierungsgespann Westerwelle/Merkel zusammenspielt und wie sich die Politik Deutschlands in den nächsten Jahren entwickeln wird. Sicher ist: Mit ihrer Wiederwahl legte Frau Merkel den Grundstein für eine Epoche.



Angela Merkel: Landesmutter mit Elan.

Bild: Reuters

Anlass

## Delegiertenversammlung der Jungfreisinnigen Schweiz

Am Samstag, 10. Oktober, trafen sich die Delegierten der Jungfreisinnigen Schweiz im Kantonsratssaal des Kantons St. Gallen. Arno Noger, Präsident der Ortsbürgergemeinde St. Gallen begrüßte die Gäste und begleitete sie auf einer Reise durch St. Gallens Geschichte.

**Von Vincenz Rentsch, Präsident Jungfreisinnige St. Gallen**

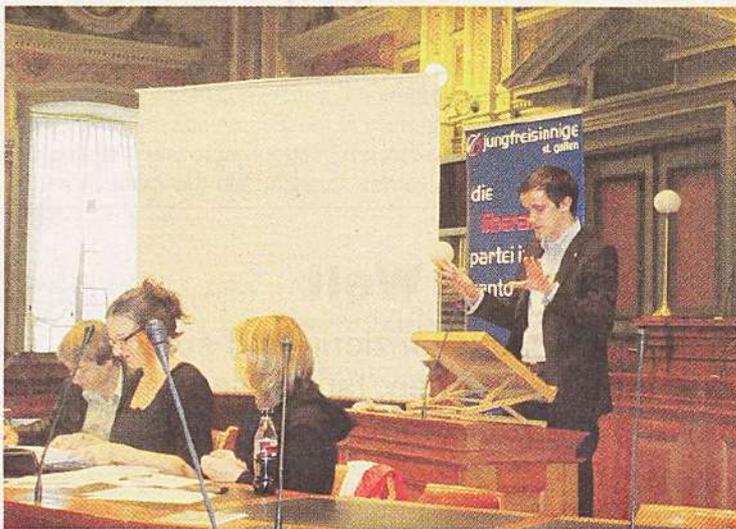
An der Delegiertenversammlung wurde Jenny Beeler aus dem Vorstand verabschiedet. Sie engagierte sich jahrelang für die Jungfreisinnigen und war zuletzt für die

Nachwuchsförderung zuständig. Mitte Jahr übernahm sie neue Aufgaben im Sekretariat der FDP Schweiz. Ihre Nachfolge tritt Maurus Zeiler aus Luzern an. Die Delegierten entschieden zudem über den Durchführungsort des Kongres-

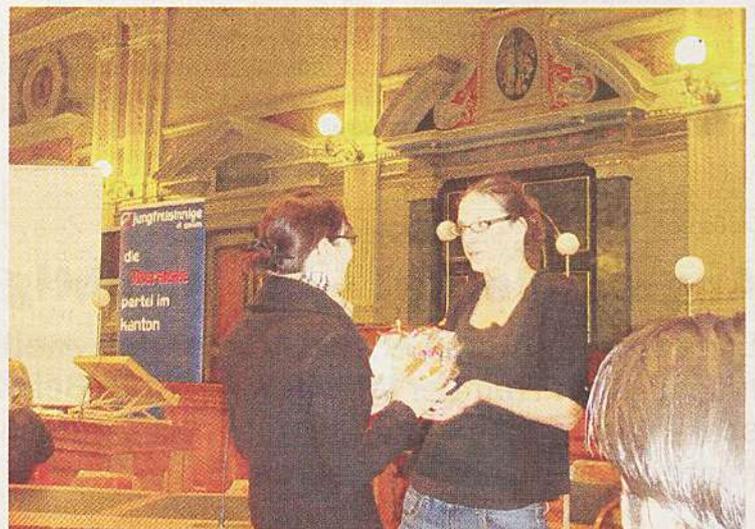
ses im 2010: Das durchdachte Konzept der Luzerner Jungfreisinnigen überzeugte die Anwesenden.

Nach der Versammlung gingen die Delegierten nicht etwa in ihre Heimatkantone zurück, sondern unterstützten die Jungfreisinnigen

St. Gallen beim Unterschriftensammeln für die freie Schulwahl auf der Oberstufe. Zum Ausklang des gelungenen Tages pflegten die Jungfreisinnigen bei St. Galler Bier und Wurst ihre Freundschaften und gemeinsamen liberalen Werte.



Maurus Zeiler



Lena Schneller und Jenny Beeler



Arno Noger



Festzelt

Wir stellen uns vor...

## Cédric Diego Vollmar (LU)

Wurde am 22. August 2009 als neuer Kassier in den Vorstand der Jungfreisinnigen Schweiz gewählt. Der Wirtschaftsstudent, Handballer und Fasnächtler tritt die Nachfolge der zurückgetretenen Michèle Nyffeler an.



Cédric Diego Vollmar

Was hat dich motiviert, für den Vorstand der JFS zu kandidieren?

Die Zusammenarbeit mit Jungpolitikern aus der ganzen Schweiz (insbesondere auch aus der lateinischsprachigen Schweiz) sowie die Möglichkeit, vermehrt nationale Themen bearbeiten zu können, waren die Hauptmotivationsgründe für meine Entscheidung.

Welches sind deine Ziele in der nationalen Parteileitung?

Als Kassier sind die Ziele durch die Funktion bereits ganz klar definiert: ein ausgeglichener Haushaltsplan und eine vertrauenswürdige Buchführung. Neben meiner Hauptaufgabe werde ich mich jedoch noch politisch bei Themen en-

gagieren, auf welche ich bereits in den letzten Jahren meinen Fokus gelegt habe (Sozialversicherungs- und Finanzpolitik sowie Kultur und Sport).

Die drei aktuell grössten Probleme der Schweizer Politik?

Polarisierung, Entsolidarisierung und eine Zersplitterung der Partei-landschaft führt dazu, dass Probleme wie die demografische Entwicklung sowie die Herausforderung der Globalisierung nicht akkurat angegangen werden können.

## Maurus Zeier (LU)

Wurde am 10. Oktober 2009 als neuer Nachwuchschef in den Vorstand der JFS gewählt. Der Berufsmaturand, Blogautor und Ruderer tritt die Nachfolge der zurückgetretenen Jenny Beller an.



Maurus Zeier

Was hat dich motiviert, für den Vorstand der JFS zu kandidieren?

Die Nähe zur nationalen Politik, die Funktion der Nachwuchsförderung und die Freude an der operativen Führung waren ausschlaggebend.

Welches sind deine Ziele in der nationalen Parteileitung?

Die erfolgreiche Nachwuchsförderung weiterzuführen, zu entwickeln und damit der Zukunft der FDP einen wichtigen Dienst erweisen.

Die drei aktuell grössten Probleme der Schweizer Politik?

Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die grossen Probleme im Gesundheitswesen und die steigende Gewalt, insbesondere die Jugendgewalt, sind die wohl grössten Hürden der Schweizer Politik.

Interview

## Interview mit Bernhard Bichsel

Am 29. November 2009 steigst du für die Jungfreisinnigen Köniz ins Rennen um einen Sitz im Gemeinderat. Was reizt dich an der Exekutive?

Als Parlamentarier kritisiere ich oft die Arbeit unseres Gemeinderats, und wie überall im Leben gilt auch in der Politik «nicht nur kritisieren, selber besser machen». Zudem ist die Umsetzung von politischen Themen das, was mich an der politischen Arbeit wirklich reizt.

Wie schätzt du deine persönlichen Chancen und jene der Jungfreisinnigen für den November ein?

Ich bin auf der Liste 8 «Für Köniz» mit drei KandidatInnen der FDP und einem CVP-Kandidat. Mathematisch liegen meine Chancen bei 20%. Ich hoffe aber, dass mir meine gradlinige Politik und mein langjähriges und konstantes Engagement in der Gemeinde zur Wahl verhilfen.

Wirtschaftliche und gesellschaftliche Liberalisierung sind deine Hauptanliegen. Was bedeutet liberal sein für dich?

Daneben stehe ich auch für eine sorgsame Finanz- und Umweltpolitik. Liberal sein heisst für mich Verantwortung für sein Handeln zu übernehmen. Liberal sein ist eine Lebenseinstellung.

Die Jungfreisinnigen Köniz sind fester Bestandteil der Gemeinde. Welches sind eure Themen?

Analog zu den jfs haben wir eine 3-Säulen-Politik. Finanzen und Umwelt, Gesellschaft und unsere Gemeinde. Konkret fordern wir tiefere Steuern, Schuldenabbau, Anreizsysteme für die Umwelt, Gutscheine für die Kinderbetreuung, mehr Sprachkompetenz bei der Integration, Sozialinspektoren, saubere Sammelstellen, hartes Vorgehen gegen Vandalismus, attraktive öffentliche Räume (Kreiselponso-



Bernhard Bichsel

ring) und die Einführung einer Sunset Clause.

Ihr verfügt über eine grosse Kandidatenzahl. Wie motiviert ihr Junge aus der Region Köniz, bei euch mitzumachen?

Das Wichtigste sind die persönlichen Kontakte. Es gelingt uns immer wieder, Junge von unseren Lösungskonzepten für gesellschaftliche Probleme zu überzeugen.

Welche persönlichen politischen Ziele hast du?

Ich wünsche mir eine Wahl in ein Exekutivamt. Wie schon einleitend erwähnt, ist die Umsetzung von politischen Themen das, was mich an der politischen Arbeit wirklich reizt. Für Köniz wünsche ich mir mehr Dynamik und Mut, die Zukunft zu gestalten.

Letzte Frage: Köniz liegt nahe der Stadt Bern. Wie stehst du zum aktuellen Thema der Fusionen?

Die Stadt Bern will aufgrund verfehlter Politik ihre marode Gemeindekasse mit Fusionen verbessern. Eine Fusion mit der Stadt Bern lehne ich daher klar ab. Im Kanton Bern werden kleine Gemeinden fusionieren müssen. Für Köniz mit fast 40000 Einwohnern ist das aber kein Thema.

Lieber Bernhard, vielen Dank für das Interview und viel Erfolg bei den bevorstehenden Wahlen!

## «Die Gesetze müssen konsequent angewendet werden»

Die liberale St. Galler Sicherheits- und Justizdirektorin Karin Keller-Sutter spricht über Jugendgewalt, Ausländerkriminalität und Hooligans – und über die Gegenmassnahmen der Politik.

*Frau Keller-Sutter, aufgrund von Medienberichten hat man das Gefühl: Es gibt immer mehr Gewalt in unserer Gesellschaft. Täuscht der Eindruck?*

**Karin Keller-Sutter:** Nein, die Gewaltdelikte haben in der Schweiz in den letzten 20 bis 30 Jahren tatsächlich zugenommen. Kriminalstatistiken, Urteilsstatistiken, Opferbefragungen und die Zunahme der medizinischen Notfälle bestätigen diesen Befund. Gewalt hat es jedoch immer gegeben. Neu ist aber die Art der Gewaltausübung. Diese erfolgt vermehrt durch Gruppen. Zudem wird auch dann noch geschlagen und getreten, wenn das Opfer bereits wehrlos am Boden liegt.

*Insbesondere die Jugendgewalt erschreckt die Bevölkerung. Eine von Ihrem Departement in Auftrag gegebene Studie zeigte kürzlich: 26 Prozent der Jugendlichen begingen schon ein Gewaltdelikt. Die Gewaltbereitschaft hat in unserer Gesellschaft insgesamt zugenommen. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind nur ein Teil dieser Entwicklung. Trotzdem muss es uns hellhörig machen, wenn ein Viertel der befragten Jugendlichen zugibt, bereits einmal Gewalt ausgeübt zu haben.*

*Welche Erfahrungen haben Sie in St. Gallen mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund gemacht?*  
Die Kriminalstatistiken zeigen, dass ausländische Jugendliche bei Gewaltdelikten übervertreten sind. Anders sieht es hingegen z. B. bei der Gewalt rund um Sportveranstaltungen aus. Dort handelt es sich praktisch ausschliesslich um Schweizer. Interessant ist, dass die Studie Killias gezeigt hat, dass zwischen ausländischen Jugendlichen der ersten und zweiten Generation bezüglich der Ausübung von Gewalt-



**Karin Keller-Sutter:** «Ich habe grosse Freude an meiner Arbeit.»

delikten praktisch kein Unterschied besteht. Das ist erstaunlich, handelt es sich doch teilweise um eingebürgerte Jugendliche, die wir als gut integriert wahrnehmen. Der Migrationshintergrund ist so gesehen also ein Risikofaktor.

### 24-Stunden-Gesellschaft

*Wie erklären Sie diese Entwicklung bei Jugendlichen insgesamt?*  
Einerseits gibt es Risikofaktoren, die straffälliges Verhalten begünstigen können. Dazu gehören nebst

dem Migrationshintergrund eine unvollständige Familie, mangelnde elterliche Kontrolle, schwache Schulleistungen, Alkohol- und Drogenkonsum. Nebst diesen individuellen Faktoren gibt es jedoch auch gesellschaftliche. Wir leben in einer 24-Stunden-Gesellschaft, die kaum mehr Sperrzeiten und eine hohe Mobilität kennt. Insbesondere am Wochenende kann man sich rund um die Uhr vergnügen. Gleichzeitig haben die soziale und die elterliche Kontrolle abgenommen. Es wäre

ein soziologisches Wunder, wenn dies keine Auswirkungen hätte.

*Wie kann der zunehmenden Jugendgewalt entgegengewirkt werden? Ist die aus liberaler Sicht nicht unproblematische Videoüberwachung eine Lösung?*

Zur Bekämpfung der Gewalt braucht es ein Zusammenwirken verschiedener Säulen, also präventive und integrative Massnahmen, aber klar auch polizeiliche. Ideologien nützen nichts, wenn es darum geht, die Menschen bestmöglich vor Gewalt und Übergriffen zu schützen. Damit schützen wir auch die Freiheit der Bürger. Wer sich aus Angst vor Übergriffen nicht mehr auf die Strasse traut, kann kein freies Leben führen. Das ist eines liberalen Staates unwürdig. Die Videoüberwachung ist jedoch kein Allheilmittel. Sie ist dann wirksam, wenn sie gezielt an Bahnhöfen oder rund um Fussballstadien eingesetzt wird.

### Wirklichkeit und Propaganda

*Hinsichtlich der Ausländerkriminalität ist es oft schwer einzuschätzen, was Wirklichkeit ist und was politische Propaganda. Wie beurteilen Sie das Phänomen?*

Die Kriminalstatistiken zeigen ein klares Bild. Ausländische Staatsangehörige vor allem aus Südosteuropa sind insbesondere bei den Gewaltdelikten übervertreten. Bei den meisten handelt es sich zudem um in der Schweiz niedergelassene Personen. Trotzdem lebt der überwiegende Teil der ausländischen Wohnbevölkerung klaglos und gut integriert in der Schweiz.

*Welche Rolle spielt die Kriminalität durch Asylsuchende?*

Asylsuchende sind mit lediglich 4% am gesamten Kriminalitätsaufkommen beteiligt. Ihr Anteil an der

ständigen Wohnbevölkerung liegt z. B. im Kanton St. Gallen jedoch auch nur bei 0,004%. Es ist hinlänglich bekannt, dass insbesondere Asylsuchende aus Afrika für den Drogenhandel gezielt in die Schweiz eingeschleust werden. Sorgen machen uns auch gewisse Gruppierungen aus Osteuropa, die hier vor allem an Einbruchserien beteiligt sind. Familien mit Kindern sind hingegen oft absolut unproblematisch.

*Welche Massnahmen sind im Bereich Ausländer- und Asylkriminalität notwendig?*

Die Aufrechterhaltung von Sicherheit, Ruhe und Ordnung ist eine grundlegende Staatsaufgabe. Es geht dabei nicht nur um die Bekämpfung der Ausländerkriminalität, sondern um den Schutz der Menschen vor Straftaten insgesamt. Justiz und Polizei müssen sich auf eine gemeinsame Kriminalitätspolitik verständigen und entsprechende Schwerpunkte setzen. Die bestehenden Gesetze müssen konsequent angewendet werden. Bei ausländischen Straftätern müssen in jedem Fall ausländerrechtliche Massnahmen, also z. B. die Wegweisung aus der Schweiz, geprüft und vollzogen werden.

*Sind die Zuständigkeiten zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden genug klar geregelt? Wie gut funktioniert die Zusammenarbeit im Konkordat?*

Die Zusammenarbeit unter den Kantonen hat sich in den letzten Jahren stark verbessert. So haben wir z. B. heute eine einheitliche und regional organisierte Polizeiausbildung. Verbesserungen müssen jedoch ständig erfolgen. Nur wenn die Kantone als Träger der Polizeihöhe zusammenarbeiten, können sie der schleichenden Zentralisierung begegnen.

### Politik kann nicht alles

*Bereits 2002 präsentierte die FDP ihr Positionspapier «Mehr Bürgersicherheit» mit einem 4-Säulen-Konzept: Prävention, Repression, Therapie, Reparation. Viele Forderungen scheinen noch*

*nicht erfüllt - hat die Politik zu lange zugeschaut?*

Das politische Bewusstsein für Sicherheitsfragen ist erst in den letzten Jahren gewachsen. Die Politik kann jedoch nicht alles. Gerade aus liberaler Sicht wäre es falsch, wenn man einfach alles an den Staat delegiert. Je verantwortungsbewusster wir mit unseren Freiheiten umgehen, desto geringer ist das Risiko, dass diese gesetzlich zunehmend eingeschränkt werden müssen.

*Auch an Fussball- und Eishockey-matches spielen sich erschreckende Szenen ab. Kommt die Politik hier mit ihren Bemühungen voran?*

Die Situation hat sich in den letzten zwei bis drei Jahren mit dem Aufkommen der Ultra-Bewegung stark verschlechtert. Die Schmerzgrenze in dieser Frage ist nicht nur erreicht, sondern überschritten. Woche für Woche sind in unserem Land 900 Polizisten mit der Sicherung von Sportanlässen beschäftigt. Konservativ gerechnet kostet dies ca. 25 Millionen Franken im Jahr. Eine Trendwende ist nur dann möglich, wenn Politik und Polizei bestimmen, welche Spielregeln punkto Sicherheit gelten.

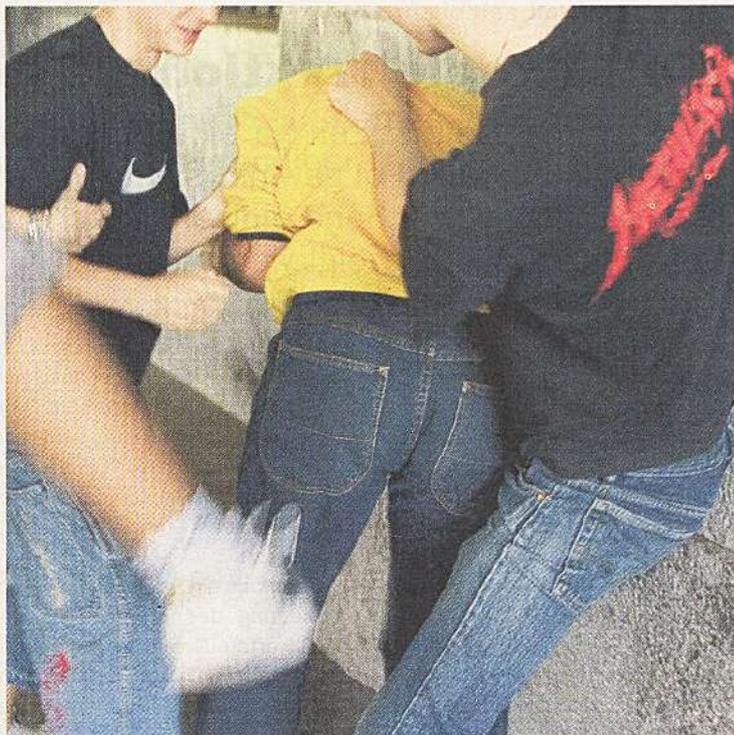
### Eine Art Grossagglomeration

*Wo lagen bisher die grössten Hindernisse?*

Das Problem des Hooliganismus wurde lange unterschätzt und man hat eindeutig zu lange zugeschaut. Zu lange hat man auf Konsens gesetzt. Entstanden ist eine Bewegung von gewaltbereiten Sportchaoten, die sehr viel Macht über die Clubs ausüben. Viele Chaoten geniessen nach wie vor den Schutz der eigenen Fankurve.

*Sie vertreten die Kantone bei der Ausarbeitung des neuen sicherheitspolitischen Berichts des Bundes. In welchen Feldern sind Sie besonders involviert?*

Es geht hier insbesondere um die Zusammenarbeit resp. die Schnittstelle zwischen Armee und Polizei im Ereignisfall. Bund und Kantone verfügen jeder für sich



Die Gewaltbereitschaft hat zugenommen.

Bild: Keystone

über gut ausgebildete Kräfte und entsprechende Organisationen. Was passiert jedoch, wenn ein Ereignis unterhalb der Kriegsschwelle mehrere Kantone berührt? Eine institutionalisierte Zusammenarbeit ist nicht vorgesehen.

*Welche weiteren Aktionsfelder sehen Sie in der Schweizer Sicherheitslandschaft?*

Die Schweiz wächst allmählich zu einer Art Grossagglomeration zusammen. Die Mobilität der Bevölkerung sowie die Raumplanung führen dazu, dass sich auch die Sicherheitslage zwischen Stadt und Land angleicht. Auf diese geänderte Situation muss man auch mit einer entsprechenden Organisation reagieren. Aus meiner Sicht sollten die Kantone deshalb die Bahnpolizei übernehmen. Warum sollen die Kantone auf Autobahnen kontrollieren, aber nicht auf Zügen? Zudem wird sich aufgrund von Schengen die Frage stellen, ob das Grenzwachtkorps nicht in die Kantonspolizeien integriert werden soll. Eine Polizeiebene, nämlich diejenige der Kantone, die untereinander eng zusammenarbei-

ten, führt zu Synergien, mehr Effizienz und mehr Bürgersicherheit.

*Seit neun Jahren amtieren Sie als Sicherheits- und Justizdirektorin. Reizt Sie ein Departementswechsel nicht?*

Es ist ein offenes Geheimnis, dass das Sicherheitsdepartement damals nicht mein Wunschdepartement war. Als Kantonsrätin war ich vor allem Bildungspolitikerin. Das Justiz- und Polizeiwesen gehörte nicht zu meinen Schwerpunkten. Ich habe mich jedoch schnell eingelebt und habe grosse Freude an meiner Arbeit. Ein Departementswechsel kommt für mich in der dritten Amtsdauer nicht mehr in Frage. Zudem sehe ich mich primär als Mitglied der Gesamtregierung und nicht in erster Linie als Departementsvorsteherin. In unserer Regierung ist das Mitgestalten in allen Politikbereichen kein Akt der Feindseligkeit, sondern Pflicht. Als stellvertretende Finanzdirektorin habe ich zudem ein besonderes Interesse an der Finanzpolitik.

## FDP-Liberale Fraktion als liberaler Pol klar positioniert

Legislaturhalbzeit ist Zeit für eine Bilanz. Die FDP-Liberale Fraktion ist nicht nur geschlossener. Als liberaler Pol gewinnt sie im Parlament und gestaltet damit unsere Rahmenbedingungen, wie anhand einiger wirtschaftspolitischer Erfolge und dreier Grafiken der Universität Zürich gezeigt werden kann.

In den vergangenen zwei Jahren war die FDP-Liberale Fraktion die treibende Kraft im Parlament. Die CVP-Fraktion hat ihre frühere Schlüsselrolle als Mehrheitsmacherin in vielen Bereichen an die FDP-Liberale Fraktion verloren. Seit 2008 setzt sich die FDP in über 90 Prozent der Abstimmungen durch. Grund dafür ist einerseits der geschlossene Auftritt der Fraktion FDP-Liberale sowie ihre klare Politik für wirtschaftliche Liberalisierung, gute Finanzpolitik und wirtschaftliche Öffnung (vgl. Grafiken). Andererseits wurde die Regenbogenfraktion CVP, GLP und EVP noch heterogener und verlor so an Einfluss.

### Freisinniger Erfolg in der Steuerpolitik

Bis anhin wird die kalte Progression erst ausgeglichen, wenn 7 Prozent Teuerung aufgelaufen sind. Dadurch zahlen die Steuerzahlenden über mehrere Jahre zu viele Steuern. Der Staat zieht somit den Bürgern mehr Geld aus der Tasche, ohne dass der Bürger mehr verdienen würde. Die FDP hat deshalb 2008 einen Vorstoss eingereicht, gemäss dem die kalte Progression jährlich ausgeglichen werden soll. Der Widerstand von Mitte-Links verhinderte, dass die Steuerzahler bereits 2009 oder 2010 um jährlich rund 500 Mil-

lionen Franken entlastet worden wären, nun tritt die Vorlage auf den 1. Januar 2011 in Kraft und der Ausgleich ist jährlich. Das Argument von Mitte-Links, der Verwaltungsaufwand nehme so zu, stach nicht, zeigte aber deren Staatsverständnis, dass der Bürger für den Staat arbeitet statt umgekehrt.

Ebenfalls ein Erfolg ist die Verabschiedung des ersten Teils der Mehrwertsteuerreform in absoluter Rekordzeit von neun Monaten. Das schweizerische Milizparlament bewies damit, dass es allen Unkenrufen zum Trotz rasch, effizient und gründlich arbeiten kann. Voraussetzung ist aber, dass der politische Wille zu Problemlösung vorhanden ist. Das total revidierte Gesetz entlastet alle Mehrwertsteuerpflichtigen. Nun gilt es den europaweit tiefsten Einheitssatz von 5,5 Prozent zu vertreten, der eine noch grössere Wachstumswirkung hätte.

### Massnahmenpaket zur Stabilisierung des Finanz- und Wirtschaftssystems

Das vierte Quartal 2008 war von den dramatischen Ereignissen auf den Finanzmärkten geprägt. In der Wintersession 2008 hatte das Parlament über ein Massnahmenpaket zur Stärkung des schweizerischen Finanzsystems zu befinden. Dank

der effizienten und schnellen Hilfe des Bundes wurde die UBS gerettet. Nebenbei wurde auch ein Gewinn von 1,2 Milliarden Franken für die Bundeskassen erzielt. Bei der UBS war schnelles Handeln nötig, bei der drohenden Staatsverschuldung ist ein langfristiger Kampf angesagt. Bereits forderte die Linke eine Welle von Konjunkturprogrammen. Die FDP äusserte sich dabei stets kritisch. Schuldenwirtschaft ist abzulehnen, denn dies schränkt die Handlungsfähigkeit des Staates ein. Zudem sind die Schulden von heute bekanntlich die Steuern von morgen. Das dritte Konjunkturpaket hat die FDP bekämpft und dabei die unnötigsten Massnahmen aus dem Paket gekippt. Als Resultat ist die Schweiz eines der ganz wenigen Länder, das auch 2009 mit einem Budgetüberschuss abschliessen wird. Das schafft bei Unternehmen Vertrauen und erleichtert diesen das Erhalten und Schaffen von Stellen. Auch in diesem Bereich zeigt sich der Erfolg der stringenten FDP-Finanzpolitik.

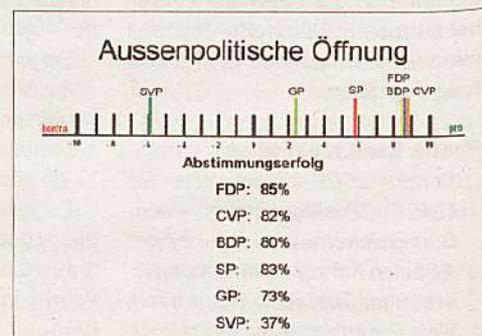
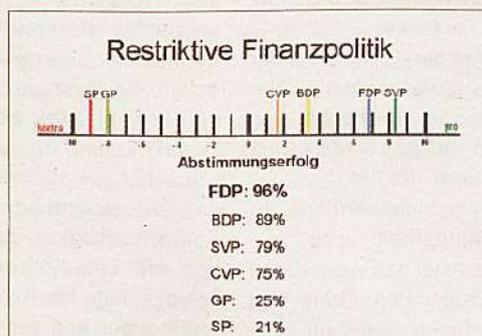
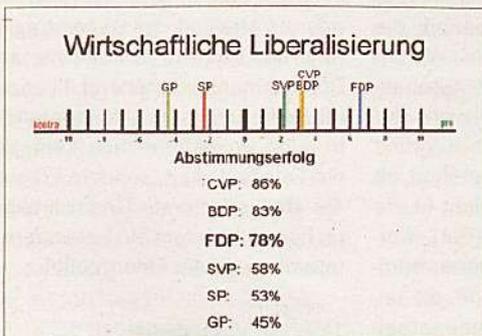
### Konsequent für wirtschaftspolitische Öffnung

Wirtschaftskrisen sind Boomzeiten für Protektionisten im In- und Ausland. Dagegen setzt sich die FDP-Liberale Fraktion

für eine wirtschaftspolitische Öffnung ein. Dazu gehört insbesondere die Bestätigung des bilateralen Weges durch das Volk am 8. Februar 2009. Der bilaterale Weg ist von entscheidender Bedeutung für Arbeitsplätze und Wohlstand in unserem Land, und die FDP-Liberale Fraktion wird sich weiterhin für diesen Weg starkmachen. Daneben gab es Erfolge bei der Einführung des Cassis-de-Dijon-Prinzips oder der Verabschiedung von neuen Freihandelsabkommen, z. B. mit Japan.

### FDP Die Liberalen verteidigte Bundesratssitz

Die FDP hat in der Herbstsession 2009 ihren zweiten Bundesratssitz gegen die Angriffe der CVP erfolgreich verteidigt. Ständerat Didier Burkhalter setzte sich im vierten Wahlgang gegen den CVP-Herausforderer deutlich mit 129 zu 106 durch. Die Vereinigte Bundesversammlung hat mit der Wahl von Didier Burkhalter ein klares Bekenntnis zu Konkordanz und zu den Institutionen in diesem Land abgegeben. Sie anerkannte ausserdem den berechtigten Anspruch der lateinischen Schweiz auf zwei Sitze in der Landesregierung.



Quelle: sotomo, Universität Zürich

Liberalismus

## Schweiz und FDP woher - wohin?

Die zurückliegende Bundesratswahl macht Mut, motiviert und gibt Anlass, sich grundsätzliche Gedanken zur staatstragenden Partei zu machen, die den liberalen und föderalen Bundesstaat von 1848 baute.



Johann N. Schneider-Ammann

Von Nationalrat Johann N. Schneider-Ammann, Langenthal

Heute stellen wir einen Verlust des Vertrauens in die Politik und die FDP fest. Wir sind aufgerufen, diesen Vertrauensverlust wieder wettzumachen. Das kann nur mit harter Knochenarbeit unserer Partei auf allen Stufen geschehen. Wir brauchen neue Impulse, um den Bürger für unsere freisinnige Kultur zu interessieren. Dies, weil der heutige moderne Mensch sich primär mit seinen eigenen Problemen und seiner Lebensgestaltung befasst. Der erarbeitete Wohlstand fördert das Desinteresse an der Gemeinschaft. Wir können immer weniger darauf zählen, einfach aus Tradition und der Qualität unseres Politpersonals auf Gefolgschaft zählen zu können.

Das verträgt sich schlecht mit der Notwendigkeit, die anstehenden Reformen massgeblich zu prägen. Die Schweiz braucht dauerhaft eine starke FDP. Auch wenn heute

gerade Politiker aus der Wirtschaft viel Gegenwind spüren, so erkenne ich die Pflicht, dass sich Vertreter der Wirtschaft und der Industrie einbringen und entsprechende Positionen für den Wirtschaftsstandort Schweiz und den Erhalt sicherer Arbeitsplätze vertreten. Freisinnige Politik darf nicht zum Versuch werden, kurzfristige Antworten auf langfristige Politik zu geben. Der Konsens darf nie am Anfang unserer Zusammenarbeit mit anderen Parteien stehen. Konturen und Kanten müssen erkennbar sein.

### Herkunft schafft Zukunft!

Für uns als bürgerliche Partei muss der Weg zu den eigenen Wurzeln und Werten mehr sein als eine nostalgische Anlehnung an Früheres. Herkunft muss Zukunft schaffen. Das Erbe unserer liberalen Gründer des modernen Bundesstaates von 1848 setzt Massstäbe. Es erwartet uns harte Überzeugungsarbeit. Eine Besinnung auf unsere eigentlichen Stärken ist ein dauernder Prozess. Die Erhaltung menschlicher Grundwerte ist dabei Voraussetzung, wenn die Quellen staatsbürgerlichen Wirkens, welche die Lebenskraft unserer Partei ausmacht, nicht austrocknen sollen.

Wir müssen uns immer vor Augen halten, was freisinnige Politik sein soll: Sie muss die Voraussetzungen schaffen, die es dem Menschen ermöglichen, sich frei entfalten zu können. Die unabdingbare Grundlage bilden Demokratie und Rechtsstaat. Die direkte Demokratie gewährt dem einzelnen persönliche Mitsprache. Die demokratische Willensbildung ist an eine Rechtsordnung gebunden. Eine schrankenlose Mehrheits Herrschaft ohne Rücksicht auf Minder-

heiten und auf die Rechte des Einzelnen untergräbt die Demokratie. Der Grad der Freiheit hängt wesentlich von einer ausgewogenen Verteilung der Macht. Gewaltentrennung, föderalistische Struktur, richterliche und öffentliche Kontrolle sind unerlässlich für das Erkennen und für das Verhindern von Ungleichgewichten und politischen Fehlentwicklungen.

Die FDP hat noch knapp zwei Jahre Zeit, sich zu dynamisieren, zu profilieren und entschieden ihre Ziele zu verwirklichen. Dabei ist die Kommunikation von glaubwürdigen Zukunftslösungen mit Blick auf die anstehenden Herausforderungen entscheidend. Für personelle Aus-

einandersetzungen bleibt keine Zeit. Es gilt für die FDP verständlich und vertrauenerweckend zu politisieren. Klare Abgrenzungen in politischen Fragen werden wichtiger, denn zu viele Kompromisse lassen die Konturen unserer Partei verwischen. Die FDP darf als liberale Partei nicht den Eindruck erwecken, sie sei Sammelpfad für irgendwelche auseinandertreibende Standpunkte. Kompromisse werden von unserem Wählerpotenzial nicht honoriert. Die Zukunft unserer FDP ist nicht einfach, was sie uns bringt, sondern was wir aus ihr machen: Der Erfolg ist möglich!

## Kopf des Monats

### Peter Zentner, Präsident der FDP.Die Liberalen Glarus

Eine neue Ausgangslage stellt alle vor Herausforderungen. Dennoch ist Erfolg möglich, wie das Beispiel des Kantons Glarus zeigt. Dort fanden zum ersten Mal Wahlen in den neu strukturierten Gemeinden statt. Trotzdem konnte die FDP ihre Stellung als stärkste Kraft in den Kantonen weiter ausbauen. Wer ist der Architekt dieses Erfolges? Peter Zentner ist es mit Hilfe seines Teams und den Kandidatinnen und Kandidaten gelungen, die bisherige Erfolgsserie der FDP.Die Liberalen in anderen Kantonen und Städten – so in Neuenburg, Schaffhausen, Wallis und Luzern – fortzusetzen.

Dieser Sieg ist nicht zuletzt der guten und starken Führung des Präsidenten der FDP.Die Liberalen Glarus zu verdanken. Er hat mit seinem

grossen und unermüdlichen Effort viel zu diesem überwältigenden Ergebnis beigetragen. Peter Zentner: unser Kopf des Monats.



## Wahlen 2011: Wildplakatierung dringend nötig!

Von 17,6% auf 20% bis 2011 – das ist ein ehrgeiziges Ziel! Nun gilt es, jede Abstimmung zu nutzen, um unsere Wahlkampfmaschine auf Erfolg zu trimmen.



An jedem Garagentor ein FDP-Plakat.

Verbesserungen beim Wahlkampf sind in vielen Bereichen möglich. Eine davon sind Kampagnen. Drei Elemente machen den Erfolg von Kampagnen aus:

1. Klare Botschaft
2. Genügend Geld
3. Gute Organisation bei Wildplakatierung

Bereits verbessert haben wir uns bei der klaren Botschaft, so beim Affeninserat gegen den linken Raubzug auf die AHV oder bei Blocher und Brunner als Zerstörer des bilateralen Weges. Bei den Finanzen freuen wir uns über die gut laufende, freiwillige Spendenaktion für die Wahlen 2011, welche bereits über 230 000 Franken eingebracht

hat. Bleibt die Wildplakatierung – dort zählt unsere Leistung. Auf Kantonalebene ist Folgendes nötig:

– Standorte für Wildplakatierung erfassen: Gärten, Garagen oder Felder sind geeignet. Sie müssen von den Ortsparteipräsidenten systematisch erfasst werden.

– Kantone definieren Verantwortliche für Wildplakatierung und beschaffen wiederverwendbare Plakatständer.

– Wildplakatierung wird als geselliger Anlass organisiert, denn nur gemeinsames Engagement schafft Begeisterung und schweisst zusammen.

2011 wird die Schweiz von Genf bis Rorschach FDP-blau sein. Dank Wildplakatierung und unserem gemeinsamen Einsatz!

## Geits no?

### Sozialdemokratische Phantasien

Zwei Tage, nachdem das Volk Ende September mit erhobenem Zeigefinger der IV-Zusatzfinanzierung zugestimmt hatte, verkündete der SP-Generalsekretär Thomas Christen seine Interpretation des Resultats: Das Ja der Bürger sei ein Bekenntnis zu einer starken IV. Und das hiesse, dass sich die Bürger gegen Kostensenkungen mit der 6. IV-Revision stellten.

Der linke «Laisser-faire»-Aufruf ist fahrlässig. Die IV ist mit dem Ja nicht gerettet, sondern erhält eine Verschnaufpause für die notwendigen Reformen. Statt darüber zu diskutieren, kritisiert Christen unter

dem Deckmantel einer falsch verstandenen Solidarität, die sich nicht um leere Kassen und rote Zahlen kümmert, die konsequenten Forderungen der FDP. Die SP hat offenbar aus den Fehlern der Vergangenheit nichts gelernt: Sie will munter weiter Schuldenberge anhäufen. Die Zeche sollen dann wir alle zahlen. Geit's no?

Wettbewerb

**Buchtipp**

**Führen durch Vorbild – Persönlichkeiten im Gespräch**

Hans R. Knobel und Manuela Stier gehen in diesem Buch der Frage nach, welche Eigenschaften es braucht, um als Vorbild wahrgenommen zu werden. In Gesprächen mit Persönlichkeiten aus den Bereichen Unternehmen, Hochschulen, Sport, Militär, Kultur, Politik und Organisation wird das Thema aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet. Auch FDP-Nationalrat Johann N. Schneider-



Ammann steuert seine Meinung zu diesem Thema bei. Das lesenswerte Buch kann online auf [www.stier.ch](http://www.stier.ch) bestellt werden.

Mit viel Tempo und etwas Glück können Sie ein Gratisexemplar gewinnen – schreiben Sie ein Mail mit dem Stichwort «Freisinn-Wettbewerb» an [knobelhans.dr@bluewin.ch](mailto:knobelhans.dr@bluewin.ch). Die ersten drei «Freisinn»-Leser erhalten ein Exemplar kostenlos zugeschickt!

Auf Wiedersehen – herzlich willkommen!

**Neuer Secrétaire romand im Generalsekretariat**

Mathieu Erb hat das Generalsekretariat Anfang Oktober verlassen. Er arbeitete seit Dezember 2008 in Bern, zuerst in der Funktion des politischen Sekretärs der Liberalen Partei Schweiz und anschliessend als Secrétaire romand der *FDP.Die Liberalen*. Er war insbesondere in die Vorbereitung des Zusammengehens von FDP und der Liberalen Partei Anfang 2009 und den Aufbau der neuen Partei involviert. Mathieu Erb ist seit Anfang Oktober Generalsekretär der Kantonalpartei in seiner Heimat Neuenburg. Wir danken Mathieu für seine tatkräftige Unterstützung und seinen unermüdlichen Einsatz für unsere Partei.



**Der neue Secrétaire romand: Philippe Miauton**

der Romandie, die Koordination von Abstimmungskampagnen und für verschiedene Kommunikationstätigkeiten zuständig. Wir wünschen ihm viel Erfolg und Freude in seiner neuen Tätigkeit.

**Bisheriger Bundeshaus-Journalist übernimmt Koordinationsaufgabe**

Die Nachfolge von Matthieu Erb tritt am 1. Dezember Philippe Miauton an. Er ist 30 Jahre alt und in Riex (VD) wohnhaft. Miauton studierte in Lausanne und Lyon Philosophie und Politikwissenschaft. Seit 2006 arbeitete er als Bundeshausjournalist in Bern, zuerst für die Tageszeitung «Le Temps», später für die Sonntagszeitung «Le Matin Dimanche». Als Secrétaire romand ist Philippe Miauton zukünftig für die Koordination der Aktivitäten der Kantonalparteien in

**Praktikanten setzen ihre Arbeit fort**

Emilia Pasquier hat ihr Praktikum auf dem Generalsekretariat beendet. Dennoch wird sie weiter in einem begrenzten Rahmen für die *FDP.Die Liberalen* tätig sein und führt verschiedene Übersetzungsarbeiten durch. Erhalten bleibt dem Generalsekretariat auch Samuel Lanz. Nach dem Abschluss seines Praktikums wird er bis Ende Februar 2010 verschiedene Projekte betreuen und gewisse Aufgaben im Zusammenhang der FDP international übernehmen.

**Agenda 2009/2010**

<b>November</b>	
13./14.	Vorsessionale Fraktionssitzung
23. 11.–11. 12.	Wintersession
25.	Wahlfeier Stände- und Nationalratspräsident
29.	Eidg. Abstimmungen
<b>Dezember</b>	
2.	Wahl des Bundespräsidenten und des Vizepräsidenten des Bundesrates
3.	Wahlfeier des Bundespräsidenten
10.	Weitere Feiern
18.	Parteipräsidentenkonferenz
<b>Januar</b>	
22.	Parteipräsidentenkonferenz
23.	Delegiertenversammlung in Bern
<b>Februar</b>	
19./20.	Vorsessionale Fraktionssitzung
<b>März</b>	
1.–19.	Frühjahrssession
<b>April</b>	
23.	Parteipräsidentenkonferenz
24.	Delegiertenversammlung
<b>Mai</b>	
21./22.	Vorsessionale Fraktionssitzung
31.	Sommersession

**Werben Sie im «Schweizer Freisinn»!**

Inserieren Sie im «Schweizer Freisinn». Mit einer Anzeige erreichen Sie zielgenau ein ganz besonderes Publikum: Mitglieder der FDP in der deutschen Schweiz.

**Anfragen unter:**

*FDP.Die Liberalen Schweiz*, Redaktion «Schweizer Freisinn», Neuen-gasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. 031 320 35 35



# Arbeitsplätze vernichten?

Am 29. November 2009

Exportverbote **NEIN**

Komitee gegen Exportverbote  
[www.exportverbot-nein.ch](http://www.exportverbot-nein.ch)

**GSoA-Initiative**